

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis pränumerando
Bieteljähr. 3.30 Mk. monatl. 1.10 Mk.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
zeile oder deren Raum 60 Pfg.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 2. November 1915.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Kragujevac genommen. - Abschluß der Jonzo-Schlacht.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den
1. November 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In der Champagne schritten die Franzosen bei
Tahure nachmittags zum Gegenangriff. Sie wurden ab-
gewiesen. Die von unseren Truppen am 10. Oktober ge-
stürzte Butte de Tahure ist fest in unserer Hand geblieben.

Bei Combres kam es zu lebhaften Kämpfen mit
Rahkampfmitteln.

Leutnant Voelcke hat am 30. Oktober südlich von
Tahure einen französischen Doppeldecker zum Absturz ge-
bracht und damit das sechste feindliche Flugzeug außer
Gefecht gesetzt. - In der Gegend von Belfort fanden
mehrere für die deutschen Flieger erfolgreiche Luftgech-
te statt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg.

Beiderseits der Eisenbahn Lachum-Riga gewannen
unsere Truppen im Angriff die allgemeine Linie Rag-
gajem-Kemmeru (westlich von Schlos) - Jannsem. Feind-
liche Gegenstöße wurden zurückgeschlagen.

Westlich und südwestlich von Dänaburg wurden starke
russische Angriffe abgewiesen. Zwischen dem Swentus-
und Ilsen-See war der Kampf besonders heftig; er dauerte dort
an einzelnen Stellen noch an. Vereinzelt feindliche Vor-
stöße nördlich des Drydwjaty-Sees scheiterten ebenfalls. Der
Gegner hatte große Verluste.

Bei Dlai (südwestlich von Riga) wurde ein russisches
Flugzeug zur Landung gezwungen; Führer und Beobachter
sind gefangen genommen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.
Ostlich von Baranowitschi wurde ein russischer Nacht-
angriff nach Nahkampf abgeschlagen.

Heeresgruppe des Generals v. Linngen.

Die Lage ist im allgemeinen unverändert. Ein feind-
licher Gegenstoß nördlich von Komarow hatte keinen
Erfolg.

Deutsche Truppen der Armee des Generals Grafen
v. Bothmer wurden bei Siemilowce (an der Strypa nörd-
lich von Burkanow) angegriffen und stehen dort noch im
Kampfe.

Balkankriegsschauplatz.

In Fortsetzung des Angriffes wurden die Höhen süd-
lich von Oru. Milanovac in Besitz genommen. In Rich-
tung auf Kragujevac ist der Feind über den Petrovac-
und Lepenica-Abschnitt zurückgeworfen; Kragujevac ist
in deutscher Hand. Westlich der Morawa ist gegen zähen
Widerstand der Serben der Trivanovo-Berg genommen.
Es wurden einige hundert Gefangene gemacht.

Die Armee des Generals Vojadjeff war am 30. 10.
unter Nachhutkämpfen dem Feinde bis in die allgemeine
Linie Höhen von Planinica (südwestlich von Zajecar)
- Slatina (nordwestlich von Kuzajewac) - östlich von Blaso-
tince gefolgt.

Die Zahl der im Oktober von deutschen Truppen im
Osten eingebrachten Gefangenen und die von ihnen gemachte
Beute beträgt:

Zur Lage in Serbien.

Athen, 1. November. (W. L. B.) Die Agence Havas meldet:
Die Operationen in Serbien dauern an. Der bulgarisch-deutsche
Plan ist, den Rückzug der Hauptmacht des nordserbischen Heeres
gegen Süden abzuschneiden. Das Bestreben des serbischen Ge-
neralstabes ist, den Rückzug in guter Ordnung auf eine Ver-
teidigungslinie zu sichern. Griechische Militäreinheiten halten die
Lage des serbischen Heeres für schwierig, aber nicht verzweifelt.
Die Wiedereinnahme von Belas durch die Bulgaren bestätigt sich.

Der serbische Heeresbericht.

Risak, 31. Oktober. (W. L. B.) Amtlicher Bericht vom
28. Oktober. Auf der südlichen Morawafrent dauern die heftigen
Kämpfe an. Die Timotarmee hat sich in neue Stellungen
zurückgezogen. Die Armee, die Piroz verteidigte, bog ihre Flügel
nach starken Angriffen zahlreicher feindlicher Kolonnen hinter diese
Stadt zurück. Es gelang dem Feinde, sich des Passes von Kacanik

Table with 2 columns: Gefangen: and Erbeutet:
Bei der Heeresgruppe v. Hindenburg
98 Offiziere, 14 482 Mann 40 Maschinengewehre

Zusammen:
254 Offiziere, 40 949 Mann 23 Geschütze,
80 Maschinengewehre
Abgegeben von einer großen Zahl aufgefundener
Geschütze älterer Fertigung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 1. November. (W. L. B.) Amtlich wird ver-
lautbart: 1. November 1915.

Russischer Kriegsschauplatz.

An der Syczara haben I. und II. Truppen einen Nacht-
angriff nach heftigem Handgemenge abgewiesen. An der Koromyn-
front haben wir mehrere starke Nachtangriffe abgeschlagen. Nörd-
lich Dienlawa an der Strypa entwickelten sich nach einem ab-
gewiesenen Angriff neuerlich heftige Kämpfe.

Auf dem nordöstlichen Kriegsschauplatz beträgt die Oktober-
beute der dem I. und II. Oberkommando unterstehenden Armeen
142 Offiziere 26 000 Mann, 44 Maschinengewehre, 1 Geschütz,
8 Flugzeuge und sonstiges Kriegsmaterial.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der am 18. Oktober eingeleitete, am 28. mit frischen
Truppen erneute dritte Ansturm der Italiener gegen unsere
fästenländische Front beginnt zu erlahmen. Gestern stieß der
Feind zwar noch gegen den Nordrand der Hochfläche von Doberdo
mit starkem, an mehreren anderen Stellen mit schwächeren Kräften
vergeblich vor. Sein Angriff ist jedoch nicht mehr allgemein.
Wag der Kampf auch nochmals aufkommen, die von der italieni-
schen Heeresleitung mit großen Worten angekündigte, an der
Hauptfront mit wenigstens 25 Infanteriedivisionen versuchte
Offensive ist an der unerforschlichen Mauer unserer sieges-
sicheren Truppen zusammengebrochen, die zweiwöchige Jonzo-
Schlacht für unsere Waffen gewonnen, unsere Kampffront durch-
weg unverändert. Ebenso behielten die Verteidiger von Tirol
und Karnten ihre seit Kriegsbeginn heldenmütig behaupteten
Stellungen fest in Händen. Durch diese Erfolge hat unsere
bewaffnete Macht neuerdings bewiesen, wie eitel und haltlos alle
Ansprüche des einstigen Verbündeten auf die südwestlichen Grenz-
gebiete sind, die er durch hinterhältigen Rückenangriff leichtsin-
gerobert zu können vermeinte. In den Kämpfen der zweiten
Oktoberhälfte verlor der Feind mindestens 150 000 Mann.

Südböhmischer Kriegsschauplatz.

Im Raume westlich der Großen Morawa haben die ver-
bündeten Streitkräfte unter stellenweise heftigen Nachhutkämpfen
die Höhen südlich und südöstlich Oru. Milanovac und Kragu-
jewac erreicht. Zwischen 7 und 8 Uhr vormittags wurde heute
auf dem Arsenal und der Kaserne von Kragujevac die öster-
reichisch-ungarische und kurz nachher die deutsche Fahne gehißt.

Im Flußwinkel zwischen der Morawa und Kefawa haben
deutsche Truppen nach heftigen Kämpfen die beherrschende Höhe
Trivanovo-Brdo genommen.

Bulgarische Kräfte haben auf der Straße nach Taragin die
Höhen westlich Planinica und im Risava-Tal die Höhen westlich
Bela-Palanka erklämpft.

Die bisherige Gesamtbeute der deutschen und österreichisch-
ungarischen Truppen des Generals von Roedel beträgt
20 Offiziere, gegen 6600 Mann, 32 Geschütze, 9 Maschin-
gewehre, über 30 Munitionsfuhrwerke, einen Scheinwerfer, viel
Gewehre und Artilleriemunition. Ueberdies wurden 45 alte oder
gesprengte Geschützrohre erbeutet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes:

v. Dörfner, Feldmarschallleutnant.

zu bemächtigen. Auf der nordwestlichen Front gelang es dem
Feinde, der seine zahlenmäßige Überlegenheit ausnützte, die serbischen
Truppen bis einige Kilometer vor Sbilajnac zurückzumerzen. Es
wurde die Anwesenheit früherer deutscher Truppen und öster-
reichischer Gebirgsformationen festgestellt. Die Truppen, welche
Belgrad verteidigt hatten, warfen alle Angriffe zurück. Keine
Wanderung auf der übrigen Front.

Die englischen Verluste.

London, 1. November. (W. L. B.) Von den bereits an-
gegebenen britischen Gesamtverlusten bis zum
9. Oktober in der Höhe von 493 294 entfallen auf die West-
front 4401 Offiziere 63 089 Mann tot, 9169 Offiziere 225 716
Mann verwundet, 1567 Offiziere 61 134 Mann vermisst. Der
Gesamtverlust an Offizieren beträgt 8660 tot, 12 633 ver-
wundet, 2000 vermisst.

Sofortige Einberufung
der Parlamente!

Wie wir in unserer Montagsnummer bereits mitteilten,
hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion
beim Reichskanzler beantragt, den Reichstag unbergütlich ein-
zuberufen, weil die Lebensmittelfrage und der Belagerungs-
zustand eine schnelle Erörterung erheischen. Diese Forderung
wurde erhoben im Einvernehmen mit dem Parteiausschuß,
der Ende voriger Woche zur Verhandlung zusammengetreten
war. Und auch der Parteiausschuß hinstweiderum machte sich
mit dieser Forderung nur zum Sprachrohr der Gesamtpartei,
die eine sofortige durchgreifende Beseitigung der Miß-
stände für dringend notwendig hält, die sowohl auf dem Ge-
biete der Nahrungsmittelversorgung, wie dem der ganzen
inneren Politik hervorgehoben sind.

Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften
haben seit Ausbruch des Krieges immer wieder und mit ge-
steigter Dringlichkeit die Forderung der sozialen Kriegs-
fürsorge und insbesondere auch die der Versorgung des Volkes
mit ausreichenden und dem Preise nach erschwinglichen Lebens-
mitteln erhoben. So weit auch über andere durch den Krieg
aufgeworfene Fragen die Meinungen innerhalb der Sozial-
demokratie auseinander gingen und auseinander gehen: über
die Frage der Volksernährung zur Abwendung der Not der
Massen hat es niemals Differenzen gegeben. Wie gerade
schon in den ersten Tagen nach Kriegsausbruch energische An-
regungen zur Inangriffnahme durchgreifender wirtschaftlicher
Fürsorgemaßregeln von Personen ausgegangen sind, die dem
entschiedenen linken Flügel der Partei angehörten, so haben es
auch die Anhänger der Kreditbewilligung in Partei und Ge-
werkschaften niemals an immer neuen Vorstellungen, Ein-
gaben und Anträgen fehlen lassen, die auf die Be-
schaffung ausreichender und wohlfeiler Lebensmittel, auf
organisationsmäßige Verhütung eines Nahrungsmittelmangels, auf
Festsetzung von Höchstpreisen usw. abzielten.

Ja, es muß darüber hinaus sogar zugegeben werden,
daß auch von bürgerlicher Seite wiederholt und dringlich äh-
nliche Forderungen erhoben worden sind und daß auch den ver-
antwortlichen Regierungsstellen keineswegs der gute Wille zur
Wilderung der Notlage der breiten Massen abgesprochen zu
werden braucht. Es wäre ja auch sonderbar, wenn es anders
wäre. Denn unter den enorm in die Höhe getriebenen Preisen
und unter dem Mangel an notwendigen Verbrauchsartikeln leidet
ja das ganze minderbemittelte Volk, leiden christliche Arbeiter
nicht minder wie sozialdemokratische, leidet der kleine Mittel-
stand ebenso gut wie das Proletariat. Und die Regierung
und die Heeresleitung wissen nur zu gut, daß nichts die Volks-
stimmung mehr beeinträchtigen könnte, als wachsende und an-
dauernde Not der Massen.

Trotzdem ist es eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß
alle Eingaben und Anträge, alle Bestürmungen aus den ver-
schiedensten Parteien und Volkstreffen zu einer durchgreifenden
Abhilfe noch nicht geführt haben. Bis zum gegenwärtigen
Augenblick nicht. Im Gegenteil: auch alle Maßnahmen und
Preisregulierungen, die erst in den letzten Tagen auf die gut-
achtliche Verantwortung der Reichsprüfungsstelle für Lebens-
mittel hin vom Bundesrat beschlossen und angeordnet worden
sind, beweisen zwar erneut den guten Willen der Regierung,
aber zugleich auch ein Zurückschreden vor solchen Maßregeln,
die wirklich geeignet wären, den Notstand der breiten Schichten
der Bevölkerung zu beseitigen. Wir wollen an dieser Stelle
das oft Gesagte nicht wiederholen, sondern nur einige Punkte
andenten: Die Höchstpreise für Kartoffeln sind noch immer
beträchtlich zu hoch, zumal die Kartoffel längst zum Haupt-
bestandteil der proletarischen Ernährung geworden ist. Der
Kartoffelnot im weitesten Umfange konnte nur durch eine all-
gemeine Beschlagnahme der Kartoffeln begegnet werden, wie dem
überhaupt eine solche Beschlagnahme auf die verschiedensten
Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände auszudehnen wäre.
Dringend erforderlich wäre die Einführung von Fleischhöchst-
preisen und eine Rationseinteilung der verfügbaren Fleisch-
mengen, da die fleischlosen Tage weder die Preise in dem not-
wendigen Maße herabzusetzen noch auch den nichtbemittelten
Schichten die erforderliche Quantität Fleischnahrung zu sichern
vermögen. Dasselbe gilt für die Butter- und Fettversorgung,
für die Versorgung mit Fischen, Käse, Eiern, Nüssen, Früchten,
Obst und Gemüse.

Da weder Reichsprüfungsstelle noch Bundesrat das Not-
wendige veranlassen, ist es unbedingt notwendig, daß die
Volkstretung selbst als berufenster Vertreterin der
Volkinteressen nachdrücklich eingreift. Zumal doch ange-
nommen werden sollte, daß inzwischen der Reichstag auf
diesem Gebiete wenigstens „hinzugelern“ hat und sich nicht durch
die üblichen Einwendungen interessierter Schichten und wider-
strebender Kreise abweisen läßt. Mindestens aber wäre von
der Vertretung der Arbeiterschaft zu erwarten, daß sie hinter
ihre Forderungen den nötigen Nachdruck zu setzen versteht.

Darum gilt es, die Forderung der ungesäumten Einberufung des Reichstags mit aller Entschiedenheit zu erheben!

Auch gibt es ja noch mancherlei andere, nicht minder dringliche Forderungen, die von den Mandatären der breiten Volksmassen zu stellen sind. Die Frage des Belagerungszustandes hat ja bereits der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzend erwähnt. Sie ist für die Arbeiterklasse eine politische Lebensfrage, die mit der gebotenen Entschiedenheit und Ausföhrlichkeit nach Lage der Dinge zurzeit nur im Parlament behandelt werden kann! Mit ihr im engsten Zusammenhang steht die Zensur, die sich ja längst nicht mehr auf die Presse ausschließlich erstreckt und über den Kreis der „militärischen“ Angelegenheiten — selbst wenn man diesem Begriff die denkbar ausgebreitetste Auslegung geben wollte — weit hinausgeweht ist.

Dah dem Parlament auch während des Krieges ein weitgehendes Kontroll- und Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden kann, daß auch einschneidende Kritik möglich ist, beweisen die Verhältnisse in anderen kriegsföhrnden Ländern, namentlich in England. Und wir sollten meinen, daß es nach all den offiziellen Komplimenten an die Adresse des deutschen Volkes, das seine „Kreise“ während des Krieges so eindringlich bewiesen habe, nicht mehr anfänglich sein könnte, diesem deutschen Volke Rechte und Betätigungsmöglichkeiten vorzuenthalten, die das Volk in feindlichen Ländern genießt!

Darum vereinigt die ganze deutsche Arbeiterklasse ihre Forderung mit der Reichstagsfraktion zu dem Rufe nach sofortiger Einberufung der Parlamente, insbesondere des Reichstags!

Der bulgarische Heeresbericht.

Sofia, 31. Oktober. (W. L. W.) Amtlicher Bericht über die Operationen vom 29. Oktober. Die bulgarischen Truppen setzten die Verfolgung des Feindes auf der ganzen Front fort. Sie erreichten westlich von Anjazevac die Wasserscheide zwischen Timof und Morava. Südwestlich von Anjazevac eroberten wir nach erbittertem Kampfe den Stamm des Tresibaba, von wo die Ströme nach Nisch und Vela-Balanka führen. Im Tale der bulgarischen Morava nahmen wir nach heftigem Kampfe die Stadt Ordeljica, einen Knotenpunkt der Straße Branja-Reskovac und der Straße durch das Blasinatal. In der Gegend von Ratschanik griffen die Serben eine dort vorrückende Kolonne an, wurden aber zurückgeworfen. Im Verlauf der Verfolgung des Feindes erbeuteten wir zwei Gebirgsbüchsen mit Vesperung und viel Kriegsmunition. Bisher fanden wir in Nisch 19 000 Gewehre verschiedener Systeme, 950 Kisten mit Pulver, 15 000 Kisten Patronen und eine große Menge anderer Kriegsmaterials.

Sofia, 1. November. (W. L. W.) Amtlicher Bericht über die Kämpfe vom 30. Oktober. Unsere Truppen setzten die Verfolgung des Feindes fort. In der Richtung Jascear-Volevac vorrückende Abteilungen nahmen nach hartnäckigen Kämpfen die Höhe 492 und 492 westlich des Dorfes Planinica und erbeuteten eine Batterie Feldgeschütze mit Vesperung. Die im Tale der Nisava vorrückenden Truppen bemächtigten sich der Stadt Vela-Balanka und erreichten die Linie Dorf Sadobice-Dorf Dragondinac-Höhe 489-Bogourh. Im Moradatal nördlich von Branja rücken unsere Truppenabteilungen infolge des erbitterten Widerstandes des Feindes langsam vor. Auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz ist die Lage unverändert.

Sofia, 1. November. Die bulgarische Telegraphen-Agentur ist ermächtigt, den von der Pariser Balkan-Agentur verbreiteten verleumderischen Meldungen über das Verhalten der bulgarischen Truppen in Serbien ein volles energisches Dementi entgegenzusetzen. Das Märchen von den berückelten bulgarischen Grausamkeiten, das man jetzt wieder erzählt, um die Bulgaren als barbarische Horden hinzustellen, die alles auf ihrem Durchzuge plündern, Männer, Frauen, Kinder und Greise niedermeßeln, die Verwundeten töten und die Gefangenen niederföhlen oder sie lebendig verbrennen usw., ist eine alberne Erfindung. Desgleichen ist die Meldung russischer Blätter erfunden, wonach türkische Truppen mit den Bulgaren in Mazedonien zusammen wirkten und sogar die Städte Nestib und Beles von den Türken genommen worden seien.

Montenegrinische Meldung.

Paris, 31. Oktober. (W. L. W.) Der „Tempo“ bringt den folgenden amtlichen Bericht aus Cetinje: Der Feind entwickelte am 27. Oktober an der Drina bei Wisegrad lebhafteste Tüchtigkeit, ohne irgendwelchen Erfolg zu erzielen. Die Montenegriner griffen die Oesterreicher, die in Gora Auffstellung genommen hatten.

Der Brief einer Amerikanerin.

New York, 8. Oktober. (Eig. Ber.) Viele Briefe, die über den Krieg handeln und veröffentlicht werden, erwecken den Verdacht, daß der Schreiber bei der Abfassung mit dem einen Auge nach der Wahrheit und dem anderen nach dem Effekt schielt; andere sind zweifelsohne reine Erfindungen. Nicht von diesen beiden Sorten ist der Privatbrief einer Amerikanerin, der von der sehr deutschfeindlichen „New York Times“ veröffentlicht wird. Die Briefschreiberin ist die Gemahlin eines englischen Beamten. Manches von dem, was sie sagt, ist vielleicht nur die Eingebung einer momentanen Laune, aber die bestimmenden Haupttöne, die sie aufstellt, sind immerhin beachtenswert. Die Amerikanerin schreibt im August aus England an ihre Freundin: „Die Dinge schauen jetzt ziemlich schlecht aus. Ich höre, daß die Verbündeten zueinander keine sehr warmen Gefühle hegen. Jeder tadelt den anderen, oder vielmehr: die Franzosen und Russen tadeln England, und England ist etwas verwirrt und verdroffen. Ueberall gibt's eine furchtbare Verschwendung — eine Verschwendung von Nahrungsmitteln, Energie und „bonno volonté“. Die Karre wurde natürlich zuerst furchtbar verschoben und aus alledem zu schließen, was man hört, ist das noch der Fall. Wir befinden uns in der Mitte von Lagern — unsere schönen Gemeinweiden sind in Katernen verwandelt worden — an vielen Stellen sind sie gar nicht wiederzuerkennen. Den Soldaten eilet das Ganze an. Sie meldeiten sich, weil sie es für ihre Pflicht hielten, aber man hört keinen „kriegerischen Geist“, und ich glaube, jeder wünscht, es wäre vorbei, und doch ist niemand bereit, die Niederlage zuzugeben.“

Die letzten Enthüllungen über die Tüchtigkeiten der deutschen Spione in Amerika sind ziemlich widerlich; nicht wahr? Mich eilet die ganze Sache an. Die Engländer sind so — wie soll ich sagen — lägerlich, aber wirklich, wenn man die Zeitungen liest und dann die Leute reden hört, wird einem übel dabei. Sie werden zum Beispiel gelesen haben, daß sich keiner angefißt der Juppel-Angriffe beunruhigt, daß das Volk vollkommen ruhig bleibt, — und dann kommt G. und schreibt, daß der Bahnhof von einer Masse erschrockener Menschen angefüllt war, die sich drängten, um nach dem letzten Angriff fortzukommen. Ferner reden sie beständig von der Brutalität der deutschen Gasangriffe, und doch sagen einem die Frauen der Offiziere, daß unser Heer während ist, weil unsere chemische Abteilung so langsam bei der

Erfindung eines Gases ist, das wir gebrauchen sollen, und es ist wohl bekannt, daß die französische Erfindung nur nicht benutzt wird, weil sie so furchtbar wirkt, die ganze Landschaft verflücht, und weil man sie nicht auf das eigene Land loslassen will. Sie warten nur, bis sie auf deutschen Boden kommen. Dann redet man von der Brutalität der Deutschen gegen die Gefangenen, und im Gespräch gibt man ruhig zu, daß niemand heute Gefangene macht“ und daß unsere Soldaten die weiße Fahne nicht achten. Und ich höre zwei Leute über Gallipoli reden, und einer sagte: „Ja, die Türken sind gegen unsere Verwundeten so gut, daß wir es tun mußten.“ Man redet ganz ruhig darüber, wie man die Tauchboote, die man fängt — in den großen Drahtnetzen, die über den Kanal und die Mündungen der Flüsse gespannt sind, wo die Flotte ist — so lange unter Wasser hält, bis jeder darin hingerotet ist.“ Es ist alles so furchtlich.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 1. November. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von gestern nachmittag. Die gestern gemeldete Beschichtung in der Champagne entwickelte sich mit größerer Festigkeit auf einer Front von etwa acht Kilometern, die durch einen Baum auf Höhe 193 den Hügel von Zahure, das Dorf Zahure und die Schützengräben südlich davon bis einschließlich zum Schanzwerke La Courtine bezeichnet ist. Auf diese Vorbereitung folgte auf der ganzen angegebenen Front ein sehr starker Angriff, der von bedeutenden Infanteriemassen ausgeföhrte wurde. Diese waren zum größten Teil aus Truppen, die kürzlich von der russischen Front herangebracht worden waren, zusammengesetzt. Trotz der Wucht des Angriffes und der äußersten Erbitterung der Angreifer erlitt der Feind wiederum eine ernste Schlappe. Seine Sturmwellen wurden auf der ganzen Front durch unser Feuer bezimert. Es gelang ihnen nur, den Gipfel des Hügels von Zahure zu erreichen, sonst wurden die Deutschen überall, namentlich vor dem Dorfe, wo die Kämpfe besonders erbittert waren, vollkommen geschlagen und in ihre Schützengräben zurückgeworfen. Sie liegen auf dem ganzen Kampfplatz eine sehr große Anzahl von Toten. Auf der ganzen übrigen Front kein bedeutendes Ereignis.

Paris, 1. November. (W. L. W.) Amtlicher Bericht von Sonntagabend. Im Laufe lebhafter Artilleriekämpfe im Gebiet von Bombaertzhe zerstörten unsere Batterien mehrere feindliche Beobachtungsposten. Im Artois dauert das gegenseitige Geschütze an. Nördlich und östlich von Souchez, besonders am Bois-en-Hache und nördlich von Neuville und St. Vaast. Der Kampf wird mit großer Erbitterung um den Besitz der Schützengräben fortgesetzt, in die der Feind gestern eindrang; wir haben sie teilweise wieder erobert. In der Champagne erneuerten die Deutschen nach neuer Artillerievorbereitung mit starker Verwendung großkalibriger Granaten mit erstickenden Gasen ihre Angriffe im Gebiete nördlich von Le Mesnil. Sie versuchten im Laufe des Tages vier aufeinanderfolgende Sturmangriffe. Den ersten um 6 Uhr am Ostende von La Courtine, den zweiten um 12 Uhr gegen Zahure, den dritten um 2 Uhr nachmittags südlich des Dorfes und den vierten um 4 Uhr nachmittags gegen die nördlich gelegenen Rämme. Ueberall hielt sie unser Artillerieperfeuer und unser Infanteriefeuer an und zwang sie, in Unordnung in ihre Ausgangsschützengräben zurückzuzutreten. Ihre Verluste waren wiederum sehr bedeutend. 856 unverwundete Gefangene, darunter drei Offiziere, blieben in unseren Händen.

Aus den Vogesen, besonders aus dem Gebiet von Van de Sapt und Bielu werden besonders heftige Artilleriekämpfe gemeldet.

Belgischer Bericht: Der Feind zeigte am Tage des 31. Oktober schwache Tüchtigkeit. Seine Batterien beschossen das Gelände um Dignat und den Abschnitt zwischen Koordichoot und Steenstraate. Unsere Artillerie erwiderte und führte ein Vergeltungsfeuer aus.

Der russische Generalstabsbericht.

Petersburg, 31. Oktober. (W. L. W.) Amtlicher Bericht. Ein Jsa Muroniev warf auf den Bahnhof Zamerlaln südwestlich Friedriehstadt Bomben. Andere Flugzeuge warfen Bomben auf Truppentransporte des Feindes bei Vitau und Schönberg, südwestlich Zauerlaln. An der Dunafront an mehreren Stellen Artilleriekampf. Am oberen Rienen, südaufwärts Lubiska (6 Kilometer) griffen uns die Deutschen bei dem Dorfe Kupizlo an, wurden aber zurückgeworfen. Weiter südlich bis zum Prupet keine Veränderung. Heftiger Kampf bei dem Dorfe Guta-Bisowska, 11 Kilometer südwestlich Czartorjok. Westlich Czartorjok ging der Gegner gegen das Dorf Budka vor, wurde aber durch unser Artillerie- und Gewehrfeuer aufgehalten. Der Angriff bei dem Dorfe Komarow scheiterte ebenfalls. Der Feind versuchte bei dem Dorfe Zybuhomez südöstlich Quegoz (6 Kilometer) und ebenso in dem Abschnitt Chmielewka-Latach, südöstlich des Zusammenflusses der Ströme mit dem Dnepr, vorzudringen, wurde aber zum Teil durch unser Feuer vertrieben, zum Teil durch Gegenangriffe zurückgeworfen.

In der Ostsee wurde durch unsere Kreuzer ein deutscher Dampfer im baltischen Meerbusen, durch das U-Boot „Alligator“ ein anderer deutscher Dampfer eingebracht.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 1. November. (W. L. W.) Amtlicher Heeresbericht von gestern. Im Aspicotale näherten sich am Morgen des 29. Ok-

tober feindliche Abteilungen, die eine Uebergabe vorzutauschen beabsichtigten, unseren Stellungen auf dem Torretopf, die sie bereits am Abend des 25. Oktober vergeblich angegriffen hatten. Unsere durchsuchten den Betrug und eröffneten das Feuer. Es folgte ein heftiges Handgemenge, das mit der vollständigen Niederlage des Gegners endete. Er ließ 200 Leichen auf dem Felde und 49 Gefangene, darunter 2 Offiziere in unserer Hand. Wir erbeuteten über 100 Gewehre und viel Munition. Am höchsten Punkte des Rienztales griff der Feind in der Nacht auf den 30. Oktober mit beträchtlichen Kräften unsere vorgeschobenen Stellungen am Segienstem an. Nach erbittertem Widerstand mühten die Unseren weichen, aber am Morgen erhielten sie Verstärkungen, schlugen in heftigem Gegenangriff den Feind zurück und besetzten sich stark in den eroberten Stellungen. Wüchs der Fozzofront gab es am gestrigen Tage starke Artillerietüchtigkeit und einige Infanterieangriffe von beiden Seiten. Auf dem Hügel von Santa Lucia eroberten wir einen feindlichen Schützengraben und machten dabei 15 Gefangene. Auf den Podgora versuchte der Feind mit starken Kräften zwei Angriffe, um unsere Fortschritte gegen die Kammhöhe aufzuhalten. Unter dem vernichtenden Feuer unserer Artillerie und unserer Maschinengewehre mußte er beide Male zurückgehen. Der Kampfplatz war von feindlichen Leichen bedeckt. Am 29. Oktober erneuerten unsere Flugzeuge ihre Mühnen Angriffe auf den Hochflächen von Bainzizza und am Karst. Die Bahnstationen von Santa Lucia Tolino und San Pietro, sowie zahlreiche Lagerplätze und Baracken des Feindes wurden beschossen. Trotz der unangünstigen Witterungsverhältnisse und des Feuers zahlreichen Abwehrgeschütze lehrten unsere Flugzeuge unversehrt zurück. Cadorna.

Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 1. November. (W. L. W.) Das Hauptquartier teilt mit: Auf der Dardanellenfront nichts von Bedeutung, abgesehen von örtlichen, teilweise heftigen, teilweise schwachen Feuergefechten. Bei Sedd ul Bahr nahmen zwei feindliche Kreuzer an dem Feuer teil, indem sie verschiedene Stellen wirkungslos beschossen. Bei Sedd ul Bahr und Ari Burun zerstörte unsere Artillerie drei Minenwerferstellungen des Feindes. Unsere Batterien in den Seeengen zerstörten feindliche Truppenansammlungen, die bei Mortoul und Elias Burun gesichtet wurden.

Auf der Front des Kaukasus schlugen wir mit Erfolg zwei Ueberfallversuche des Feindes in zwei Abschnitten zurück.

Sonst nichts Neues.

Falsche englische Meldung.

Berlin, 1. November. (W. L. W.) Englische Zeitungen verbreiten lächerliche Berichte über die Mitwirkung der von „Goeben“ und „Breslau“ auf Gallipoli ausgeschifften Maschinengewehrabteilung.

Diese Angaben entstammen, wie festgestellt wurde, aus dem amtlichen Bericht des Generals Sir Jan Hamilton vom 26. August. Danach sollen 5 deutsche Offiziere gefangen, der Führer der Abteilung getötet und „das Maschinengewehr“ zerstört worden sein.

Zutäglich ist nur ein schwerverwundeter Offizier in der feindlichen Stellung in Gefangenschaft geraten, während die aus zahlreichen Maschinengewehren bestehende Landungsabteilung weiter mit gutem Erfolge Schütler an Schütler mit den türkischen Bundesgenossen auf Gallipoli fiht.

Diese Feststellung der unwahren englischen Verichterstattung läßt deutlich erkennen, wie weit man den amtlichen englischen Verichten von den Dardanellenkämpfen Glauben schenken darf.

Die Bedingungen der französischen Sozialisten.

Ueber England kommt die Nachricht, daß die sozialistische Fraktion der französischen Deputiertenkammer die Beteiligung am Kabinett Briand keineswegs einmütig gebilligt hat. Von den etwa 100 Mitgliedern der Fraktion sprachen sich nur 55 dafür aus, daß den Genossen Sembat, Guesde und Thomas der Eintritt ins Ministerium zu gestatten sei, 10 waren dagegen, der Rest enthielt sich der Stimme oder blieb der entscheidenden Sitzung fern.

Es hat wahrhaftig Gründe genug für die französischen Genossen gegeben, sich das Einsteigen in das Schiff des Herrn Briand zweimal zu überlegen, und Gründe genug sind noch immer vorhanden zu zweifeln, ob der zustimmende Beschluß der Fraktion die freudige Billigung der Partei im Lande finden wird. Der Ministerialismus war schon bisher für manche ein Stein des Anstoßes. Man erinnert sich des Widerpruchs, der im vergangenen Frühjahr im Departement

gespielt werden, das so kriegsbereit war wie die Deutschen. Ihr da drüben kennt nicht die diplomatischen Winkelzüge. Dazu muß man mit den Leuten leben und sie reden hören, wie ich in Paris vor zehn Jahren, als alles dies anfing und der deutsche Gesandte fast so isoliert dastand wie nach 1870.

Wie Sie wollen können, daß unser Land an dieser Menschen-schlächtereil teilnimmt, kann ich nicht verstehen. Sie würden es nicht verstehen, wenn Sie hier wären und sähen, was es bedeutet. Als ich in meinem Briefe vom letzten Monat von den Leuten, die den Krieg verurteilt haben, sprach, meinte ich die Clique von Leuten, die seit fünfzehn Jahren Deutschland „unterkriegen“ wollten. Ich glaube überhaupt nicht, daß der Krieg eine Notwendigkeit war, hätten wir eine andere Art auswärtiger Politik betrieben. Wenn Sie jene auskafferten Frauen hätten sehen können und dann davon denken, was der Krieg den armen Frauen und den kleinen Kindern bedeutet. Habe ich Ihnen erzählt, daß Lady — — mir sagte: „Ich wollte, wir hätten diesen Krieg im Jahre 1911 haben können, aber sie wollten in der letzten Minute nicht aufpassen.“ Und dann vorgegeben, daß Deutschland ein friedfertiges, unschuldiges Europa angriff! Wenn Sie die Franzosen im Jahre 1911 hätten können reden hören!

Nun, ich will nicht fortfahren. Ich kann es aber nicht ertragen, daß mein eigenes Volk von den heuchlerischen Phrasen, die die Engländer stets gebrauchen, betrogen wird. Wenn sie so freiwillig in den Druckdristen wären wie sie in der Unterhaltung sind, wäre es besser. Unsere Regierung (die der Vereinigten Staaten) erfährt natürlich durch ihre geheimen Agenten die Dinge, die ich höre, und deshalb fühlt sie auch nicht, daß das Recht auf der einen und das Unrecht auf der anderen ist. Zum Beispiel, gedrochene Versprechen in Ägypten, Tibet, China, Persien. Glauben Sie nicht, daß ich die Deutschen für besser halte. Sie sind wahrscheinlich noch um einige Grade schlimmer. Aber die Regierungen Englands, Frankreichs und Russlands sind nicht so fromm, daß ich leben möchte, daß sich die Vereinigten Staaten ibretwegen in den Strudel stürzten.

„Das Volk“ daß überall den Krieg und leidet schrecklich. Es heißt, daß Franzosen und Deutschen in den Schützengräben kaum davon zurückgehalten werden können, zu fraternisieren. Ein Offizier von der Front kam und sagte dem sozialistischen Kongress, daß die, die vom Kampfe „jusqu'au bout“ (Kampf bis ans Ende) redeten, in den Schützengräben sein sollten. So reden unsere Soldaten auch. Wir Engländer haben nur bis jetzt sehr wenig von der Arbeit in Frankreich getan.“

Saute Vienne erwachte, der seine Wellen in die Nationalrats- tagung vom 14. Juli schlug und der lezhin an der Seine, in Paris selbst, lebhaftere Unterstützung zu finden schien. Diese Opposition hat jetzt neue Nahrung erhalten, und wenn Gerde in der „Guerre Sociale“ den Arbeitern in den Schützengraben und in den Werkstätten freundlich zuredet, zu Briand, dem Abtrünnigen, kein Gesicht zu zeigen und über den Reaktionsär Gallieni nicht zu knurren, so wird er wohl wissen, daß solche Ermahnungen notwendig sind.

Ihre Wirkungen müssen wir abwarten, und für den Augenblick ist ja auch etwas anderes wichtiger: die französische Fraktion hat, wie ebenfalls über England gemeldet wird, ihren Eintritt in das Ministerium von Bedingungen abhängig gemacht. Sie lauten:

Das Kabinett muß auf Eroberungen und Annektionen verzichten; es muß sofort ein Gesetz zur Beschränkung der Kriegsgewinne einbringen und die Zensur über politische und militärische Nachrichten einschränken. Die Kammer soll regelmäßig in gewissen Abständen Geheimnissen abhalten.

Dieses Programm könnte uns und wahrscheinlich auch die Opposition in Frankreich mit dem Ministerialismus der französischen Genossen durchaus noch nicht versöhnen, nichtsdestoweniger aber hätten wir anzuerkennen, daß der Fraktion in Frankreich der ständig wiederholte Hinweis auf die Pflicht der Inlandsverteidigung den Blick für die Pflichten, die sie als Sozialisten und Demokraten erfüllen müssen, nicht vollends getrübt hat. Die französischen Sozialisten sind, wenn anders die vorliegenden Meldungen nicht völlig in die Tere führen, entschlossen, ihre Unterstützung nur einem Kabinett zu leisten, das den Kriegszustand nicht benutzt, um die politische Diskussion lahmzulegen. Sie wollen sich nicht hinter ein Ministerium stellen, das nicht den Ruf findet, sofort zum wenigsten einen Teil der durch den Krieg erzielten Profite in die Staatskasse zu leiten, und sie lehnen es vor allem ab, einer Regierung den Rücken zu decken, die nicht klipp und klar den Verzicht auf Eroberungen und Annektionen ausdrückt.

Steht eine sozialistische Partei einmal auf dem Standpunkt, daß die Rücksichten auf die nationale Verteidigung sie zwingt, im Kriege von der grundsätzlichen Bekämpfung einer bürgerlich-kapitalistischen Regierung abzusehen, so sind hier vortrefflich die Mindestforderungen formuliert, die an diese Regierung gerichtet werden müssen.

Mit Spannung erwarten wir eingehendere Berichte ab. Wir hoffen, daß sie nicht enttäuschen. Aber sollten wir wirklich genötigt sein, unser günstiges Urteil über die französischen Genossen zu revidieren, so behielte die Darstellung, die uns heute gegeben wurde, doch immer ihren Wert, weil sie bewußt oder unbewußt den Sozialisten einen Fingerzeig und eine Mahnung erteilt.

Manchester, 1. November. (B. L. W.) „Manchester Guardian“ meldet aus Paris: Das neue Kabinett ist in hohem Maße eine persönliche Schöpfung Poincarés, der, wie man sagt, wider die Gewohnheit die Präsidenten des Senats und der Kammer nicht um Rat gefragt hat. Dieser Verstoß gegen den Brauch wurde im Senat und in der Kammer stark kritisiert. Clémenceau lehnte aus diesem Grunde einen Sitz im Kabinett ab. Die Aufnahme des neuen Kabinetts im Parlament ist lau. Man zweifelt, daß es lange bestehen wird. Die radikale Partei hatte einstimmig eine Entschließung angenommen, in der sie Viviani aufforderte zurückzutreten, aber der Rücktritt war bereits Dienstagabend beschloffen. Vivianis Veruche, das Kabinett unter seinem eigenen Vorsitz neu zu bilden, waren infolge allseitiger Ablehnungen gescheitert. Auf Poincarés Ersuchen willigte Viviani ein, seinen Platz mit Briand zu wechseln.

Ministerwechsel in Rußland.

Ein Reuter-Telegramm meldet aus Petersburg: Es heißt, daß Goremykin zum Reichskanzler ernannt wurde. Wie die „Vorsenzeitung“ („Vishewija Wjedomosti“) meldet, hat Goremykin die oberste Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten und wird von dem früheren Votschafter in Wien Schebeko unterstützt werden. Der Zar hat, wie berichtet wird, die Rücktrittsgesuche Sjasanows, Kriwoschins und des Reichskontrollieurs Charitnow angenommen und den Minister des Innern Chwostow zum Ministerpräsidenten ernannt.

Gleichwie in London und Paris hat nun auch in Petersburg ein Ministerwechsel stattgefunden. Aber während in den beiden anderen Hauptstädten der Entente-Länder bei dem Wechsel am meisten etwaige Änderungen der auswärtigen Politik interessieren, kommt der Neubildung des russischen Ministeriums vor allem eine innenpolitische Bedeutung zu. Der viel angefeindete reaktionäre Goremykin, der vor ein paar Monaten beinahe zu Fall gebracht worden wäre, hat nicht nur inzwischen seine Stellung befestigt, sondern ist jetzt durch besonderes Vertrauen des Zaren auf den lange unbelegten Posten eines Reichskanzlers berufen worden. Er wird die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in der Hand haben und, ähnlich wie Briand durch den früheren französischen Votschafter in Berlin Jules Cambon, durch den früheren Votschafter in Wien Schebeko unterstützt werden. Sjasanow, der bisherige Minister des Innern, verschwindet damit ebenso von der Bildfläche wie Delcafé.

Zeigt schon die Beförderung Goremykins, daß der alte zaristische Kurs eine Befestigung erfährt, so bietet die Ernennung des reaktionären Chwostow zum Ministerpräsidenten erst recht eine Bestätigung dafür. Alle Hoffnungen, daß die militärische Situation Rußlands zu einem Sturze des Zarismus führen würde, erweisen sich immer mehr als illusionär: Die schwankende Haltung der bürgerlichen Dumafraktionen hat das zaristische System keineswegs erschüttert, und es scheint, daß der Kampf um die politische Macht unter dem Gesichtswinkel der best-möglichen nationalen Verteidigung unter Anerkennung der imperialistischen Ziele überall notwendig zur Festigung der reaktionären Herrschaftssysteme führt.

Die italienischen Sozialisten gegen die Regierung.

Aus Lugano wird gemeldet: Die sozialistische Kammerfraktion beschloß nach dreitägiger Debatte, der innerpolitischen und außerpolitischen Schritte des Kabinetts Salandra sowie der Erschöpfung der italienischen Staatsfinanzen sich jeder Erweiterung der italienischen Kriegsführung auf neue Kriegsschauplätze zu widersetzen, für Wiederherstellung des Friedens rege zu wirken und das Kabinett bei der Ende November erfolgenden Wiederöffnung des Parlaments heftig anzugreifen. Auch die anderweitige Opposition tritt jetzt entschiedener, nach dem Beschlage der neuen Offensiv- und angeführter der katastrophalen Wendung der Balkanereignisse hervor. Demgegenüber wird in allen Großstädten

eine neue Agitation zur Unterstützung des Kabinetts gegen die sogenannten „Internen Feinde“ und für eine energisiertere Weiterführung des Krieges unternommen.

Politische Uebersicht.

Eine „zeitgemäße“ Erinnerung.

Graf Reventlow hat dieser Tage in einer Sammlung politischer Aufsätze des russischen Dichters Dostojewski geblättert und beieiligt sich nun, einige Leserbriefe den Abonnenten der „Deutschen Tageszeitung“ zu unterbreiten. Der Artikel zeichnet sich, wie immer, wenn Reventlow von Rußlands und nicht Englands imperialistischen Plänen spricht, durch eine gewisse Ruhe des Tones aus. Es ist auch nicht zufällig, daß Reventlow gerade mit einem Worte Dostojewskis (aus den 70er Jahren) über ein deutsch-russisches Bündnis schreibt. Dostojewski schrieb damals: „In jedem Falle aber ist eines klar: wir sind Deutschland sogar weit nötiger, als wir es denken. Denn Deutschland braucht uns nicht zu einem zeitweiligen politischen, sondern zu einem ewigen Bündnisse.“ Und Reventlow fügt hinzu: „Dostojewski träumte von einer „westlichen Menschheit“ für Deutschland und einer östlichen für Rußland, also in der Art, wie Napoleon I. und Alexander I. sich einmal über die Leitung Europas einig zu werden versucht hatten. Der heutige Krieg beweist, wohin Rußland durch eine Deutschland gegenüber aggressive und treulose Politik gekommen ist.“

Das klingt fast so, als ob Reventlow sich nicht nur um Deutschlands Schicksal sorgt und Rußland bestimmte Fingerzeige für eine bessere Politik im eigenen Interesse Rußlands geben will.

Vereinheitlichung des Verkehrs.

Unter den Projekten, die nach dem Kriege ihre Verwirklichung finden sollen, befindet sich auch die Vereinheitlichung des Verkehrs auf Eisenbahnen und Wasserwegen. Einer der Vorkämpfer dieses Projektes, Geheimrat Dr. Kirchhoff, sagt darüber im „Berliner Tageblatt“:

„Das jetzt neu erwachte Bewußtsein in der Zusammengehörigkeit aller deutschen Stämme, ihre ungekannte Begeisterung für alles Deutsche gibt mir den Gedanken ein: Jetzt sollte auch die alte Reichsmarktschicksal in ihrer ganzen Einheit und politischen Größe wieder aufgegriffen und nach Beendigung des Weltkrieges verwirklicht werden. Man brauchte nicht einmal die Staatsbahnen an das Reich abzutreten, schon bei einer nachweislichen Ueberlassung ließen sich die Interessen des Reiches und der Einzelstaaten wahren. Noch besser wäre natürlich die Eigentumsübertragung. Man dürfte aber bei der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens nicht stehen bleiben. Die über ganz Deutschland sich erstreckenden Kanalprojekte, die Regulierung der deutschen Ströme erfordern eine einheitliche Politik für alle Verkehrswege. Die Eisenbahn- und Wasserwege greifen mit ihrer Tarifpolitik immer mehr ineinander.“

Dr. Joseph Neven-Du-Mont †.

In Aöln a. Rh. verstarb an den Folgen eines Unfalls der Geheimre Kommerzienrat Dr. jur. Joseph Neven-Du-Mont, Verleger der „Kölnischen Zeitung“ und der „Straßb. Post“. Vorsitzender der Handelskammer in Aöln, Mitglied des Stadtverordneten-Kollegiums, des Rheinischen Provinzial-Landtages, des Ausschusses des deutschen Handelstages, im Alter von 59 Jahren.

Das tägliche Brot.

Die Schweinepreise.

Graf Schwerin-Löwig, der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, hat gegenüber einem Vertreter der „Leipziger Abendzeitung“ geäußert, die Schweinepreise seien exorbitant hoch und in keiner Weise berechtigt. Sie seien nach seiner Meinung durch die vollkommen falsche Meinung von einem Poststand herborgerufen worden durch die Einbildung, daß es an Schweinen sowohl wie an Futter fehle. Graf Schwerin betonte, daß er bei dieser Ansicht die maßgebenden Kreise der deutschen Landwirtschaft und ihrer Vertretungen hinter sich habe. Als Höchstpreise für Schweine seien nun 110 M. anzusetzen. Die Reichsregierung wolle Höchstpreise schaffen, die stellenweise darüber hinausgingen und sich zwischen 100 und 120 M. bewegen. Auch der „Post“ wird von parlamentarischer Seite geschrieben, daß als Höchstpreis für 100 Pfund Schlachtgewicht eines Fetteschweines von 100–200 Pfund ein Preis von 100 M. und für den Kleinverkauf 120 M. für Rippen sowie 140 M. für Bauchfleisch in Aussicht genommen ist. — Auch diese Preise sind viel zu hoch!

Podbielski über die Fettnot.

Auf eine Umfrage der „Allg. Fleisch-Ztg.“ hat sich der Minister a. D. v. Podbielski folgendermaßen geäußert: „Die Festsetzung von Höchstpreisen für einzelne Waren sind nur Präzedenzfälle für schlechte Waare. Um dem nicht zu verfallenden Mangel an Schweinefleisch und Schmalz abzuhelfen, muß versucht werden, aus den neutralen Staaten Schweine nach Deutschland einzuführen. Es gilt, die jetzige Fleisch- und Fettknappheit etwas zu mildern. Von großer Wichtigkeit ist aber die Frage: „Wie wird die Zukunft sich auf diesem Gebiet gestalten?“ Denn auch nach dem Kriege wird die Teuerung und der Mangel an Fleisch und Fett in doppelt fühlbarer Weise hervortreten. Von den neu eingelegten fleischlosen Tagen erwarte ich keinen bedeutenden Erfolg. Wer mit den Bedürfnissen des praktischen Lebens in allen Kreisen des Volkes vertraut ist, muß wissen, daß solche Einrichtungen wenig dem Wesen unseres Volkes entsprechen, und ebensowenig die Erwartungen erfüllen werden, welche von diesen Bestimmungen erhofft werden.“

Konservative zur Lebensmittel- und Wohnungsfrage.

Wie man selbst in konservativen Kreisen über die Lebensmittelteuerung urteilt, ergibt sich aus folgender Erklärung der Vorstände des konservativen Vereins Stadt Königsberg und der Königsberger konservativen Bürgervereine:

1. Schnellige durchgreifende Maßregeln der Zentralstelle in Staat und Reich zur Beseitigung der unerträglich gewordenen Lebensmittelteuerung sind geboten. 2. Die Kriegszuschüsse, Zulagen, Arbeitslöhne, Gehalts- und Rinderzulagen an L. ante sind überall, wo es noch nicht geschehen ist, den Preis gestiegenen Lebensmitteln entsprechend zu erhöhen. 3. Der Gefahr, daß nach Beendigung des Krieges Wohnungs- und Mietnot bei den heimkehrenden Kriegern eintritt, ist schon jetzt vorzubeugen.

Es heißt in der Begründung dieser Forderungen, daß die entscheidenden Schritte gegen die Lebensmittelteuerung von den Zentralstellen getan werden müssen, und zwar rasch und energisch mit dem Ziel, die Kriegszuschüsse unbedingte auf das durch gesteigerte Löhne und sonstige Erzeugungslofen gebotene Maß zu beschränken. Die Wohnungsfrage bedarf für die Zeit nach dem

Kriege ernstester Fürsorge. Schon vor dem Kriege herrschte in vielen großen Städten Wohnungsmangel. Soem hat die Bautätigkeit fast ganz geruht. Unsere heimkehrenden Soldaten dürfen nicht, wie das 1871 vielfach der Fall war, in Obdachnot geraten. Schaffung von Kriegerheimstätten und energische Förderung des Kleinwohnungsbaues überall, wo Wohnungsmangel droht, unmittelbar nach dem Kriege mit Staatskredit muß schon jetzt zielbewußt vorbereitet werden. Auch der Gefahr einer Mietssteigerung nach Friedensschluß, welche die heimkehrenden Krieger als bitteres Unrecht empfinden müßten, ist rechtzeitig entgegenzutreten.

Zur Milchversorgung.

Die Notwendigkeit staatlicher Regelung der gesamten Milchverwertung wird durch folgenden Vorfall von neuem erläutert:

Einer der größten Grundbesitzer des Herzogtums Gotha, Wessiger und Pächter von fünf Rittergütern und Domänen, lieherte durch einen Milchhändler aus einem Nachbarorte täglich 840 Liter Milch nach Gotha. Zum 1. November wurde die Lieferung dem Händler gekündigt, nicht etwa, weil die Rasse wenig Milch geben, sondern weil der Domänenrat mehr Geld aus seiner Milchwirtschaft heraus schlagen will. In einem anderen Nachbarorte hat nämlich seit kurzem eine Berliner Großbutterhandlung eine Zweigstelle eingerichtet, in der aus Vollmilch Fettsäure hergestellt wird. Dieser Firma will jener Großlandwirt fortan seine Milch abgeben. Vom 1. November an werden infolgedessen viele Gothaer Familien ohne Milch sein. Wie der Oberbürgermeister von Gotha, Liebetrau, mitteilte, ist von der Stadt sofort Beschwerde beim Herzoglichen Staatsministerium eingelegt, von dem der Betreffende zum Teil seine Domänen gepachtet hat. Das Ministerium erließ sofort ein Verbot, fortan Vollmilch zu Käse zu verarbeiten. Wie verlautet, sind zum 1. Januar noch weitere Lieferungsverträge gekündigt.

Dänische Einschränkung der Fleischausfuhr.

„Berlingske Tidende“ zufolge wurde in einer in Kalmö abgehaltenen Versammlung von Vertretern der Exportklächterei beschlossen, den Vorschlag der amtlichen Lebensmittelkommission anzunehmen, wonach vom 1. November ab die Ausfuhr von Schweinefleisch 200 000 Kilogramm wöchentlich nicht übersteigen darf. Die gleiche Menge soll der schwedischen Lebensmittelkommission zur Verfügung gestellt werden.

Kriegsbekanntmachungen.

Die Beförderung von Postkarten mit Abbildungen.

Die Beförderung von Postkarten mit Abbildungen nach dem Ausland unterliegt jetzt auf Grund des § 5 der Postordnung vom 20. März 1900 infolge des in der Bekanntmachung des Herrn Reichskanzlers vom 18. Oktober 1915 erlassenen und im „Reichsanzeiger“ Nr. 248 vom 18. Oktober 1915 veröffentlichten Aus- und Durchfuhrverbotes folgenden einschränkenden Bestimmungen:

Verbieten sind: Postkarten mit Abbildungen von Städten, Stadtteilen, geographisch genau bestimmbar Orten, Landschaften, besonders hervorragenden Baulichkeiten und Denkmälern Deutschlands, Oesterreich-Ungarns, der Türkei und der von den verbündeten deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen Heeren besetzten feindlichen Gebiete. Nicht unter das Verbot fallen: Postkarten mit Abbildungen der bezeichneten Art a) nach Oesterreich-Ungarn, der Türkei sowie den besetzten Gebieten des Westens und des Ostens, wenn die Abbildungen Städte ufm. des Westens ufm. Ostens, Landes oder Gebietes der Postkarte darstellen; b) im Feldpostverkehr an Truppen usw. oder Militärbehörden in feindlichen Gebieten.

Rückführung der Leichen vom Kriegsschauplatz.

Aus dem Kriegsministerium wird geschrieben: Wohl scheint es begreiflich, daß vielfach der Wunsch auf Seiten der Angehörigen besteht, die sterblichen Ueberreste der im heldenmütigen Kampfe Gefallenen in heimatlicher Erde bestattet zu sehen, um ihre Ruhestätten persönlich pflegen zu können. Sie alle mögen aber bedenken, wie vielen der gleich ihnen Trauernden dies allein schon deswegen unmöglich ist, weil nichts über die letzte Ruhestätte ihrer Lieben bekannt wurde.

Kein Soldat wird anders denken, als daß die für das Vaterland Gefallenen am ehrenvollsten im Soldatengrab ruhen inmitten der Kameraden, die mit ihm stritten und fielen.

Treue Kameraden haben die letzte Ruhestätte bereitet und die Gräber gesäumt, ja oft Anlagen geschaffen, die so, wie sie angelegt, erhalten bleiben werden. Auch das Kriegsministerium sieht es als eine Ehrenpflicht an, schon jetzt alles für die dem deutschen Volke teuren Grabstätten zu tun, was ihre bauernde und würdige Erhaltung gewährleisten kann.

Neben der Sicherstellung von Grund und Boden ist eine Verweisung der Kriegesgräbheiten durch Mitglieder des Bundes deutscher Baumschulbesitzer und der deutschen Gesellschaft für Gartenkunst, im Verein mit namhaften Künstlern und Architekten, in die Wege geleitet, damit die Grundlage für Pläne geschaffen wird, die in ihrer Ausführung geeignet erscheinen, der Nachwelt Zeugnis abzulegen von der sittlichen Größe unseres Volkes in dieser gewaltigen Zeit.

Und wenn so alles geschehen wird, was die würdige Erhaltung der Grabstätten dauernd gewährleistet, darf angenommen werden, daß der Wunsch, die sterblichen Ueberreste der Gefallenen in die Heimat zu überführen, auf Ausnahmefälle beschränkt bleibt; sonst wird die Ruhe derer nur gestört, die in gemeinsamem Kampfe für des Vaterlandes Schutz und Ehre fielen.

Für solche Ausnahmefälle ist die Rückführung von Leichen seit dem 1. Oktober d. J. unter nachstehenden Bedingungen wieder zugelassen:

Gesuche um Rückführung von Leichen sind an das stellvertretende Generalkommando zu richten, das für den Wohnort des Gefuchstellers zuständig ist.

In den Gesuchen muß dargelegt sein:

- a) daß es sich um ein Einzelgrab handelt. Massen- und Reihen- gräber dürfen nicht geöffnet werden;
- b) wo das Grab liegt — die Angabe muß so genau wie irgend möglich sein; tunlichst ist eine Skizze beizufügen; bei kleinen, schwer auffindbaren Orten ist auf die nächste größere Ortschaft (Stadt usw.) Bezug zu nehmen;
- c) wer die Ueberführung bewirken soll — grundsätzlich muß ein Verwandter oder Freund zugezogen werden, der bei Erkennung der Leiche mitwirkt; bei Begräbnisanstalten ist deren Vertrauenswürdigkeit darzulegen;
- d) daß sich der Gefuchsteller aller Bedingungen unterwirft, die von der Militärbehörde gestellt werden.

Reise und Ueberführung dürfen nur mit der Eisenbahn und mit Pferdefuhrwerk geschehen. Die Verwendung von Kraftwagen ist verboten. Die Beförderung der Leichen auf den im Militärbetrieb befindlichen Bahnen erfolgt kraftfrei, auf den übrigen Bahnen nach den Bestimmungen der Verkehrsordnung.

Für Ueberführung der Leichen der an übertragbaren oder gemeingefährlichen Krankheiten Verstorbenen gelten die gleichen Bestimmungen wie im Frieden.

Letzte Nachrichten.

Erdbeben in Japan?

Erdbebenwarte Hohenheim, 1. November. Heute vormittag wurde von den hierigen Instrumenten ein sehr starkes Fernbeben bezeichnet. Der Herd liegt etwa 9290 Kilometer von hier entfernt (vielleicht in Japan). Die ersten Bebenwellen trafen hier um 8 Uhr 36 Minuten 23 Sekunden ein. Ein zweites schwächeres Fernbeben schloß sich um 10 Uhr 12 Minuten 42 Sekunden an, dessen Herd in noch größerer Entfernung zu liegen scheint.

Bewerkschaftliches.

Die Not der Textilarbeiter.

Reichstag und Reichsregierung haben sich bekanntlich einmütig dahin ausgesprochen, daß die durch die Kriegsmahnahmen arbeitslos werdenden Textilarbeiter in ausreichender Weise unterstützt werden müssen.

Schon am 20. August gab im Auftrage der Reichsregierung der Staatssekretär Dr. Helfferich die Erklärung: „... aus den neuen Kriegskrediten werden weitere 200 Millionen Mark den Gemeinden und Gemeindeverbänden zu Unterstützungszwecken zur Verfügung gestellt.“

Der Reichstag selbst stärkte den Willen der Regierung dadurch, daß er am 26. August beschloß:

„Es ist Pflicht des Reiches, die durch das Herstellungswortbot für Baumwollstoffe, die damit zusammenhängenden Verordnungen und infolge des Mangels geeigneter Rohstoffe arbeitslos werdenden Textilarbeiter und Arbeiterinnen, soweit ihnen anderweitige geeignete Arbeit nicht beschafft werden kann, ausreißend zu unterstützen.“

Der Herr Reichskanzler wird ersucht, die erforderlichen Mittel aus den für Zwecke der Kriegsmohlsfahrtspflege bereitgestellten 200 Millionen Mark bereitzustellen.“

Der Wille der höchsten Instanzen zu ausreichender Unterstützung der Kriegsoffer ist also vorhanden. Desto größeres Bestremden erregt es in den betroffenen Arbeiterkreisen, daß die Umsetzung der Beschlüsse in die Praxis eine so mangelhafte ist. Nur in einem wahren Schneedentempo wird die Frage — aber nicht einmal überall — ihrer Erledigung entgegengebracht. Es hat den Anschein, als ob man gar nicht weiß, wie groß die Not und das Elend in den betroffenen Arbeiterkreisen ist, sonst wäre so eine zögernde, tastende Regelung der notwendigen Maßnahmen überhaupt nicht zu verstehen.

Wie groß die Not in Wirklichkeit ist, zeigt eine Schilderung der Lohnverhältnisse in Sorau. In Sorau hat man den Verdienst von mehr als 500 Textilarbeitern und Arbeiterinnen in der Zeit vom 6. September bis 9. Oktober zusammengestellt. Aus Raumgründen geben wir hier nur die letzten zwei Wochen bekannt:

Beruf	Stück	Woche vom 27. 9. bis 2. 10.		Woche vom 4. 10. bis 9. 10.	
		Durchschnittl. Verdienst	Durchschnittl. Verdienst	Durchschnittl. Verdienst	Durchschnittl. Verdienst
Bedienten	7	bis 8.—	2,26	bis 8.—	2,00
	66	von 8,01 b. 9.—	4,75	von 8,01 b. 9.—	4,48
	55	8,01 „ 9.—	7,30	8,01 „ 9.—	7,44
	16	9,01 „ 12.—	10,35	9,01 „ 12.—	10,08
	9	12,01 „ 15.—	13,29	12,01 „ 15.—	13,36
2	über 15.—	16,61	8	über 15.—	16,80
Spulerinnen	34	bis 8.—	1,92	bis 8.—	2,37
	77	8,01 b. 9.—	4,63	8,01 b. 9.—	4,76
	40	9,01 „ 9.—	7,21	9,01 „ 9.—	7,15
	7	9,01 „ 12.—	10,18	9,01 „ 12.—	9,68
	9	12,01 „ 15.—	12,70	12,01 „ 15.—	13,40
Sonstige Arbeiterinnen	18	bis 3.—	1,50	bis 3.—	1,79
	48	3,01 b. 6.—	5,50	3,01 b. 6.—	5,01
	73	6,01 „ 9.—	7,21	6,01 „ 9.—	7,26
	11	9,01 „ 12.—	10,27	9,01 „ 12.—	9,89
	2	12,01 „ 15.—	12,80	12,01 „ 15.—	13,10
Männer	1	bis 3.—	2,84	bis 3.—	2,68
	8	3,01 b. 6.—	5,05	3,01 b. 6.—	4,76
	18	6,01 „ 9.—	7,62	6,01 „ 9.—	7,71
	18	9,01 „ 12.—	10,33	9,01 „ 12.—	10,22
	6	12,01 „ 15.—	12,85	12,01 „ 15.—	13,33

Bei den geringen Beträgen sind aber auch noch für mehr als ein Drittel der Personen Kriegszulagen in Höhe von 5 bis 10 Proz. mit eingerechnet. Die Zahlen näher zu erläutern, erübrigt sich, sie sprechen für sich selbst.

Die Gemeinde Sorau zahlt ja nun auch Arbeitslosenunterstützung, und zwar in Höhe von 60 Pf. pro Tag für männliche und 40 Pf. für weibliche Personen, ferner für jedes Kind pro Tag 30 Pf. Da aber die hier ausgeführten Arbeiter immer noch einige Groschen wöchentlich verdienen, so sind sie nach den Sorauer Bestimmungen nicht „arbeitslos“ und erhalten dementsprechend auch die städtische Unterstützung nicht. Der ganze Aufbau der städtischen Unterstützung ist wider-

ständig. Wer ganz arbeitslos ist, kann „3,60 M.“ Unterstützung bekommen, wer aber noch zwei oder drei Tage arbeitet und dabei nicht ganz 3 M. verdient — die Fälle sind durchaus nicht selten —, der bekommt nichts. Die Sorauer Unterstützungsfähigkeit, und mit wenigen Ausnahmen die im ganzen Reich, sind durchaus ungenügend. Diese Sätze entsprechen auch nicht im geringsten den berechtigten Anforderungen. Selbst dort, wo man das Doppelte und Dreifache dieser Sätze bezahlt, ist die Unterstützung als unzureichend zu bezeichnen. Man greift sich an den Kopf und fragt: Wie bringen die Leute es fertig, mit solchen winzigen Einnahmen durchzukommen? Aber hier darf es bei Fragen und Staunen nicht bleiben! Die Leute gehen körperlich und geistig zugrunde, wenn nicht unverzüglich Hilfe geschaffen wird.

Hier haben die obersten Behörden, hier hat die Reichsregierung die Pflicht, ihren Willen — die als Kriegsoffer arbeitslos gewordenen Textilarbeiter ausreichend zu unterstützen — auch in die Tat umzusetzen. Sie muß gegebenenfalls auf die bundesstaatlichen Regierungen einwirken, daß diese in Gemeinschaft mit den Gemeinden und Unternehmern ihre volle Pflicht tun, wenn nicht die Erklärungen der Regierungsvertreter und die Beschlüsse des Reichstages einzig und allein nur schöne Worte bleiben sollen.

Berlin und Umgegend.

In einer Branchenversammlung der Maschinenschlosser wurde folgender Vorschlag aus Spandau berichtet. Die Kollegen in der königlichen Gewehrfabrik zu Spandau hätten durch eine Petition versucht, eine Aufbesserung des Stundenlohns zu erlangen, der jetzt 86 Pf. betrage. Darauf habe der zuständige Betriebschef eine ablehnende Antwort erteilt. Er habe die Forderung nach mehr Lohn für ungebüht erklärt und gesagt, die Kollegen sollten künftig kein Schweinefleisch mehr essen und weniger für Zigarren ausgeben, dann würden sie auskommen. Ferner hätte der Herr geäußert, solange die Arbeiterinnen noch Lackstiefel und seidene Hüsen trügen, sei unter den Arbeitern noch keine Not vorhanden. — Man wird sich nunmehr in der Sache an die höhere militärische Instanz, eventuell an den Kriegsminister wenden.

Auch in der Branche der Maschinenschlosser wird jetzt der Versuch unternommen, Frauen anzulernen. Man wird dieser Angelegenheit große Aufmerksamkeit zuwenden.

Bei Beginn der Versammlung hielt Siering einen Vortrag, in dem er im Zusammenhang mit der jetzigen Gefährdung des wirtschaftlichen Lebens hauptsächlich die Frage erörterte, wie sich die Verhältnisse voraussichtlich nach dem Kriege gestalten werden.

In der Diskussion über den Vortrag wurde mehrfach das „Buch der Zwanzig“ als Fehler bezeichnet und auf einen Antrag aus der Versammlung beschlossen, der Branchenleitung aufzugeben, in der nächsten Branchenversammlung ein Referat und ein Korreferat über dieses Buch halten zu lassen.

Aus der Berliner Textilindustrie.

Die diesmalige Quartalsversammlung des Textilarbeiter-Verbandes war erfreulicherweise gut besucht. Der Kassenbericht wies eine Einnahme von 14 178,49 M. und eine Ausgabe von 8830,90 M. auf. In dieser Ausgabe waren für Unterstützung enthalten: Arbeitslosen- 401,70 M., Sterbe- 40 M. und Rotunterstützung 19 M. Für Agitation wurden ausgegeben 231,20 M. An die Hauptkasse konnten 4286,29 M. abgeführt werden. Der Filialkassenbestand hatte sich von 5105,14 M. auf 5345,59 M. erhöht. Auf Kosten der Stadtkasse Berlin zahlte die Verwaltung an 43 Mitglieder 965,75 M. Arbeitslosenunterstützung aus. Der Mitgliederbestand ist von 1635 auf 1479 gesunken. Seit dem 1. August d. J. unterliegt der Arbeitsnachweis der Berliner Textilarbeiter laut Ministerialerlaß vom 28. Mai 1915 dem Stellenvermittlungsgesetz, da mehr als 200 Stellenvermittlungen im Jahre vorkommen. Durch die damit verbundene Meldepflicht ist eine Mehrbelastung an Arbeit entstanden, die aber durch die hieraus entstehenden Vorteile für die Mitglieder völlig ausgeglichen wird. Durch Errichtung einer Zentralausgleichsstelle sind sämtliche Nachweise Groß-Berlins in steter Verbindung zum Austausch freier Stellen und Arbeitsuchenden, es soll dieser Austausch sich sogar auf das ganze Reich erstrecken. Wenn dieses auch nur der Anfang zum Aufbau einer geregelten Arbeitsvermittlung ist, so können die Textilarbeiter doch die berechtigte Hoffnung hegen, daß durch die ständige Mitarbeit der Gewerkschaften die bisherigen unheilbaren Zustände auf diesem so wichtigen Gebiete beseitigt werden. Unvorhersehbar segensreich kann diese neue Einrichtung wirken, wenn nach Beendigung des Krieges die Millionenheere wieder in das wirtschaftliche Leben zurückfluten. Die Tarif-

bewegung in der Delaturbranche erbeite zur allseitigen Zufriedenheit; sämtliche Einstellungsgebühren werden ab 1. Januar 1916 um je drei Mark erhöht. Die Seiler und Spielzeug Erzeuger teils Lohn- teils Feuerzuzulagen in einer Höhe von 2 bis 5 M. wöchentlich. Die Teppich- und Plüschbranche hat immer noch schlechten Geschäftsgang, ebenso die Siederbranche. Die Bundesratsverordnung vom 12. August d. J. hat in den Betrieben, wo noch voll gearbeitet werden konnte, durch die Verklärung der Arbeitszeit auch entsprechende Minderdienste im Gefolge gehabt. Circa 1000 Personen sind hiervon betroffen, was bei den enorm teuren Lebensmitteln doppelt zu bedauern ist. Die Geschäftsleitung hat Schritte unternommen, um das Augenmerk der Staats- und Gemeindebehörden auf die daraus entstehende Not zu lenken und Vorbeugungsmaßnahmen zu veranlassen.

Auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist von der Geschäftsleitung eine rege Tätigkeit entfaltet worden. Es wurden aus den verschiedenen Branchen 7 Berufsberater gewählt, die festzustellen haben, wie weit die in den Lazaretten liegenden Kriegsverletzten nach ihrer Entlassung ihrem ursprünglichen Beruf wieder zugeführt werden können. Leider haben die von der Behörde bestimmten Aufschlüsselungen bis jetzt sehr wenig Tätigkeit entwickelt. Um dieser ganzen Frage mehr realen Wert zu verleihen, ist die Filialleitung mit den Arbeitgeberorganisationen der Textilindustrie in Verbindung getreten zwecks Bildung einer Arbeitsgemeinschaft zur Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten, die in den Groß-Berliner Textilbetrieben vorher beschäftigt waren. Die Verhandlungen haben bis jetzt einen guten Verlauf genommen und da ein beiderseitiges Interesse vorliegt, haben sich die beteiligten Organisationen mit dem von der Vertretung der Arbeiterschaft gemachten Vorschlag einverstanden erklärt. Wenn auf diesem Gebiete von beiden Seiten (Arbeitgeber und Arbeitnehmer) nicht mit der größten Gewissenhaftigkeit gearbeitet wird, kann es eintreten, daß bei der Zahl der Kriegsverletzten einzelne Betriebe mit Krüppeln belegt werden zum Schaden der Industrie und der Gesamtheit. Einer etwa auf der Beschäftigung von Kriegsverletzten aufgebauten Schmutzkonkurrenz muß ebenso vorgebeugt werden, wie der Ausnutzung der armen Kriegsinvaliden durch Anrechnung der Rente bei der Lohnzahlung.

Die Lederarbeiter hatten in ihrer Verbandsfiliale Berlin I zu Anfang des dritten Quartals einen Mitgliederbestand von 417 der am Schluß des Quartals auf 390 zurückgegangen war, was größtenteils auf Einberufungen zum Heeresdienst zurückzuführen ist. 70 männliche Mitglieder waren im Laufe des Vierteljahres 785 Tage und 2 weibliche Mitglieder 45 Tage arbeitslos. — Die am Sonntag abgehaltene Mitgliederversammlung ermächtigte den Vorstand, aus der Lokalfiliale die Mittel zu entnehmen, welche erforderlich sind, um je 5 M. Zuschuß zu leisten zu den Weihnachtunterstützungen, welche der Zentralvorstand den Familien der eingezogenen Mitglieder sowie den Arbeitslosen gewährt. Für diese Unterstützung werden etwa 150 Mitglieder des Filiales in Frage kommen.

Die Filiale Berlin des Schneiderverbandes schloß das 3. Quartal — wie in der Versammlung am Sonnabend berichtet wurde — mit einem Mitgliederbestande von 5807 ab. Im Laufe des Quartals wurden 454 Neuaufnahmen gemacht. Demgegenüber steht ein Abgang von 679, so daß die Mitgliederzahl um 225 zurückgegangen ist. Für Unterstüßungen wurden 18 235 M. ausgegeben.

Hinsichtlich der Verhandlungen über den Lohnsatz für die neuen Offiziersuniformen teilte der Vorsitzende Kunde mit, daß der Beschluß der Militärschneiderversammlung: Die Anfertigung der neuen Offiziersuniformen zu verweigern, falls die Verhandlungen nicht in acht Tagen abgeschlossen seien, den Unternehmern übermitteln und darauf die Antwort eingegangen ist, daß die Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Hauptvorständen am 10. November beginnen. Sollte der Lohn höher festgesetzt werden als der jetzt gezahlte, so erfolge selbstverständlich Nachzahlung. — Da unter diesen Umständen ein Lohnverzicht nicht zu befürchten und der Zweck des Beschlusses der Militärschneider, die Verhandlungen zu beschleunigen, erreicht ist, so beschloß die Versammlung auf Wunsch des Vorstandes die Anfertigung der Uniformen nicht zu verweigern und das Ergebnis der Verhandlungen abzuwarten.

Ausland.

Vom Tischlerstreik in Zürich.

Die berechnigten Tischlermeister in Zürich haben den Vorschlag des Einigungsamtes, sämtlichen Arbeitern, die weniger als 86 Cts. Stundenlohn haben, eine Lohnerhöhung von 2—3 Cts. per Stunde zu gewähren, „wegen des schlechten Geschäftsganges“ abgelehnt. Rünf Möbelabriken beschäftigten vor dem Kriege 350 Arbeiter, gegenwärtig infolge Arbeitermangels nur noch 156, die im Streik liegen.



Denkt an uns
sendet
Galem Aleikum
Galem Gold
Zigaretten
Willkommenste Liebesgabe!
Preis N^o 3 1/2 4 5 6 8 10
3 1/2 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck.
20 Stck. feldpostmässig verpackt portofrei!
30 Stck. feldpostmässig verpackt 10 Pf. Porto!
Orient. Tabak u. Zigaretten-Fabr. „Yenidze“ Dresden
Jnh. Hugo Zietz, Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

Trustfrei!

Ständiger Verkauf
von
im Lombard verfallener
und anderer besonders billig erstandener Waren.

Ein gr. Kostümröcke über 800 Stück, 1.75 2.30 3.35 4.75, 640 7.50
Posten für Damen u. Backfische

Zirka 1000 Damen-Herbst-Jackets M. 3.75
Damen-Mäntel M. 4.95
Damen-Ulster M. 6.50
M. 8.50
M. 10.50
M. 12.50

Zirka 1600 Herren-Anzüge M. 18.—
Herren-Paletots M. 24.—
Herren-Ulster M. 28.—
M. 32.—
M. 35.—
M. 40.—

Ein gr. Post. Astrachan-Paletots u. Mäntel weit unter regul. Preis.
Ein Posten Blusen in Barchent, Wolle u. Seide, M. 1.—, 2.25, 3.50, 4.50 u. boss.
ca. 1500 Mtr. Stoffreste zu Blusen, Kleidern, Kostümen usw. spottbillig.

Zirka 20 000 Meter feinste Herrenstoffe zu Anzügen, Paletots u. Mänteln M. 375, 5, 6, 7—

Hausjoppen M. 6.25 7.75 10.25 11.50
Schlafrocke M. 9.50 17.50 15.50 18.25

Herrenzimmer . . . M. 250.— bis 650.— | Schlafzimmer . . . M. 235.— bis 700.—
Speisezimmer . . . M. 260.— bis 1200.— | Klaviere . . . M. 275.— bis 450.—

Ein groß. Posten Schreibmaschinen aller Systeme zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Zigarren
6-Pf.-Zig. 100 St. 4.50 | 12-Pf.-Zig. 100 St. 7.00 | Wesseln . . . 0.85 | Kognak . . . 2.00
8-Pf.-Zig. 100 St. 5.50 | 14-Pf.-Zig. 100 St. 8.00 | Rotwein . . . 1.10 | Rum, Arrak . . . 2.00
10-Pf.-Zig. 100 St. 8.50 | 15-Pf.-Zig. 100 St. 9.50 | Portwein . . . 1.45 | div. Liköre . . . 2.25

Norddeutscher Speditions- u. Lombardspeicher W. Hampel
Königstr. 62b, Ecke Heiligegeiststraße.
Ztr. 5028. Blüte, genau auf Firma und Eingang zu achten. Ztr. 5028

Sonntags von 12—2 Uhr geöffnet.

Skunks
Kragen, Fuchshorn, echt Natur, breit, leicht 50.— Skunkmuffen, Skunkstiefelbesatz, Skunk-Capes mit Hermelein, Steinmarder u. Garnituren, Klaska-Ausstragen jeht 18.—, Klaska-Fuchsmuffen, Sealtamantel feinsten Ausübung, Pelzmantel 150. Preise aller Art. Alles Gelegenheitskäufe. Überzeugen Sie sich selbst!

Blauer Bazar,
Kaiser-Wilhelm-Str. 16,
gleich beim Alexanderplatz.

Ziehung 9. und 10. November
Geld-Lotterie
zur Wiederherstellung
der St. Lorenzkirche in Nürnberg
125 000 Lose, 4800 Geldgewinne — M.

125 000
50 000
20 000
10 000

Bar ohne Abzug.
Nürnberg Geldlose 3 M. Porto u. Liste extra 30 Pf.
In allen Lotteriegeschäften und durch
Eud. Müller & Co.
Berlin W., Werderstraße 10.
Telegr.-Adr. Glückw. 107.

Jugendpfleger über die gesetzliche Jugendwehr.

Die Zentralstelle für Volkswirtschaft hatte, wie wir bereits berichtet haben, eine Jugendpflegerkonferenz, die sechs, einberufen.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

Der Vorsitzende des Kriegsministeriums, Major Karwiese, Berlin, wies einleitend auf den letzten der Klasse des Kriegsministeriums zu dieser Frage hin.

„Volkswacht“ für Ost- und Westpreußen und der „Märkischen Volkstimme“ in Frankfurt a. O. etwas eingezogen.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Parteiorgane müsse die ihn schädigenden Krankheitsstoffe selbst ausschleiden und werde dazu auch noch die Kraft besitzen.

Aus Industrie und Handel.

Die Wuhl u. Köhler A.-G. für Jandwarenfabrikation in Rassel überweist aus ihrem Reingewinn...

Die Telephon-A.-G. vom J. Berliner in Hannover konnte trotz doppelt hoher Abschreibungen...

Die Botan-Werke A.-G. in Leipzig erzielten einen Reingewinn von 414 605 M. gegen 370 870 M. im Vorjahre.

Die „Archimedes“ A. G. für Stahl- und Eisenindustrie in Berlin und Breslau konnte ihren Produktionsgewinn von 0,79 auf 1,27 Millionen Mark steigern.

Steuern und Kriegsgewinne in England.

Das Budget des Schatzkanzlers McKenna belastet nicht nur schwer die Vermögenden, sondern auch die Arbeiterschaft des Inselreiches...

Am Tage nach der Bekanntmachung des Budgets erhöhte der Tabaktrust seine Preise, und zwar weit über das Ausmaß der neuen Steuer hinaus.

Für die Preiserhöhung des Tees ist das Vorgehen der Firma Lyons bezeichnend, die in London allein Hunderte von Teewirtschaften und überall die Bahnhofsverwaltung in Händen hat.

Man kann sich leicht die Millionen ausrechnen, die der Tees- und der Tabaktrust aus der Preiserhöhung...

Während die Großhändler das Publikum ungehindert brandschlagen können.

Aus der Partei.

Pressejubiläum.

Auch die „Volkswacht“ in Breslau blüht in diesen Tagen auf ein 25-jähriges Bestehen zurück.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Die Feier des 25-jährigen Bestehens ihres Organs hatten sich die Breslauer Genossen anders gedacht.

Aus der Arbeiterbewegung Wilnas.

Im Traume sah ich ein fünfjähriges Weizenrot; früher träumte ich nur von der Polizei.

Im Traume sah ich ein fünfjähriges Weizenrot; früher träumte ich nur von der Polizei.

Im Traume sah ich ein fünfjähriges Weizenrot; früher träumte ich nur von der Polizei.

Im Traume sah ich ein fünfjähriges Weizenrot; früher träumte ich nur von der Polizei.

Im Traume sah ich ein fünfjähriges Weizenrot; früher träumte ich nur von der Polizei.

Im Traume sah ich ein fünfjähriges Weizenrot; früher träumte ich nur von der Polizei.

Im Traume sah ich ein fünfjähriges Weizenrot; früher träumte ich nur von der Polizei.

Im Traume sah ich ein fünfjähriges Weizenrot; früher träumte ich nur von der Polizei.

Unterrichtsplan umfasst das elementare Wissensgebiet...

Unterrichtsplan umfasst das elementare Wissensgebiet, räumt aber auch der Mutterprache, ferner theoretischer und praktischer Nationalökonomie den notwendigen Platz ein.

Die weiter mitgeteilt wird, besteht augenblicklich keine Aussicht durch das Gählein der Kooperation (Zuwahl) eine Vertretung in die Stadtduma hineinzuportieren zu lassen.

Die weiter mitgeteilt wird, besteht augenblicklich keine Aussicht durch das Gählein der Kooperation (Zuwahl) eine Vertretung in die Stadtduma hineinzuportieren zu lassen.

Die weiter mitgeteilt wird, besteht augenblicklich keine Aussicht durch das Gählein der Kooperation (Zuwahl) eine Vertretung in die Stadtduma hineinzuportieren zu lassen.

Die weiter mitgeteilt wird, besteht augenblicklich keine Aussicht durch das Gählein der Kooperation (Zuwahl) eine Vertretung in die Stadtduma hineinzuportieren zu lassen.

Die weiter mitgeteilt wird, besteht augenblicklich keine Aussicht durch das Gählein der Kooperation (Zuwahl) eine Vertretung in die Stadtduma hineinzuportieren zu lassen.

Die weiter mitgeteilt wird, besteht augenblicklich keine Aussicht durch das Gählein der Kooperation (Zuwahl) eine Vertretung in die Stadtduma hineinzuportieren zu lassen.

Aus Groß-Berlin.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen.

Der ein Bild von der Tätigkeit der Stadtverordneten gewinnen will, muß sich zunächst vertiefen in die einzelnen Verwaltungszweige der Gemeinde; er muß die Wechselwirkung zwischen Reich, Staat und Gemeinde kennen lernen, um zu erkennen, daß kaum ein Gebiet des öffentlichen Lebens der Gemeinde existiert, an dem nicht die breitere Masse der Bevölkerung ein mehr oder minder großes Interesse hat. Die Stadt Berlin insbesondere mit einem Etat von 400, zuletzt 330 Millionen Mark, bildet nicht ein Gemeinwesen im gewöhnlichen Sinne, sondern kann es mit manchem mittleren Staatsgebilde im Deutschen Reiche aufnehmen; fallen doch der Stadt Berlin in ihrer Eigenschaft als Kommunalverband auch Aufgaben des Provinzialverbandes zu. Ueber die einzelnen von der Gemeinde zu ergreifenden Maßnahmen, auch wenn sie nur ausführenden Charakters sind, haben die Stadtverordneten schon vermöge ihres Staatsrechts mitzubestimmen und soweit die Stadt allein verwaltet, auch mit zu verwalten. Die verwaltende Tätigkeit liegt in den einzelnen Verwaltungsdeputationen, Kuratorien und ständigen Ausschüssen. Als Mitglieder dieser Körperschaften, die von Stadtverordneten und Magistratsmitgliedern gebildet werden, üben die Stadtverordneten einen bestimmenden Einfluß auf den Gang der Geschäfte der Stadt aus und diese Tätigkeit ist es, die eine außerordentliche Aufwendung an Zeit und Mühe den einzelnen Mitgliedern verursacht. Es ist von großer Bedeutung, daß in diesen Verwaltungskörpern auch unsere Genossen vertreten sind; sind doch die hier gefassten Beschlüsse oft von großer Tragweite. Im Laufe der Jahre ist es unseren Genossen gelungen, in allen maßgebenden Deputationen und Kuratorien vertreten zu sein. Am Anfang dieses Jahres wurde nach vielen Mühen endlich auch ein Sozialdemokrat in die städtische Schuldeputation gewählt, aus der wir ständig ferngehalten worden waren, und erst in einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen fiel uns auch eine Vertretung in der Stiftungsdeputation zu. Der Fernerstehende ahnt nicht, welche Arbeit hier aufgewendet wird, um die Interessen der Allgemeinheit gegen Sonderinteressen wahrzunehmen, ohne daß sie in der Öffentlichkeit in die Erscheinung tritt.

Die sozialdemokratische Fraktion im Rathause ist immer bemüht gewesen, auch den Frauen den Weg in die städtische Verwaltung zu öffnen. Ihre Bemühungen sind schließlich auch von Erfolg gekrönt worden. Seit einem Jahre sitzen Frauen in der Berliner Armendirektion sowie in der städtischen Waisenverwaltung, und neuerdings sind Frauen auch in die Sachausschüsse für die Preisprüfungsstellen berufen worden, wenn auch in ganz unzulänglicher Weise. Die Mitarbeit der Frau im Armenwesen, in der Waisenpflege und in neuerer Zeit auf den Antrag unserer Genossen hin in den Schulkommissionen zeigt zur Genüge, wie nützlich diese Tätigkeit der Frauen in der Gemeinde ist. Die Frau wird, dessen sind wir sicher, auch in der Wohnungsfrage sehr sachverständig tätig sein können, wenn das auf fortgesetztes Drängen unserer Freunde neugegründete städtische Wohnungsamt seine Arbeit wieder aufnimmt, was hoffentlich recht bald geschieht. Auch in diesem Falle hat die sozialdemokratische Fraktion mit allem Nachdruck die Betätigung der Frau auf dem Gebiete des Wohnungswesens gefordert und nicht ohne Erfolg.

Die Tätigkeit unserer Genossen im Rathause auf dem Gebiete der Verwaltung stellt einen wesentlichen Teil unseres Gemeindelebens dar, und sind auch viele Anregungen und Wünsche nicht erfüllt worden, so legt diese Arbeit doch Zeugnis ab, in welchem weitem Umfange die Interessen der arbeitenden Bevölkerung wahrgenommen worden sind und wie sehr die Wahl sozialdemokratischer Vertreter in die Stadtverordnetenversammlung not tut.

Am 7. November stehen folgende Wahlbezirke zur Wahl:

1. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Hugo Woldersky, Brückenallee 4.
2. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Ferdinand Ewald, Schönleinstr. 6.
3. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Landtagsabg. Paul Hoffmann, Gubener Str. 5.
4. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Artur Stadthagen, Schöneberger Ufer 18.
5. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Wilhelm Mann, Wilhelm-Stolze-Str. 4.
6. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Paul Schneider, Nevaler Str. 17.
7. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Wilhelm Börner, Ritterstr. 15.
8. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Bernhard Bruns, Görlitzer Straße 75.
9. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Leo Zucht, Zimmernellkirchstr. 13.
10. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Johann Barthelmann, Kautschoustr. 14.
11. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Adolf Ritter, Engelufer 15.
12. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Oskar Cohn, Levegowstr. 16a.
13. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Gewerkschaftsbeamter Karl Gehshold, Bethanienufer 5.
14. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Emil Kerfin, Pankstraße 60.
15. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Dr. Kurt Rosenfeld, Hofsteiner Ufer 20.
16. Kommunal-Wahlbezirk. Kandidat: Stadtv. Heinrich Meyke, Eberswalder Str. 19.

Löhne für die Herstellung von Sandfäden.

Amlich wird bekanntgegeben: „Um der trotz aller Vorbeugungsmaßnahmen der Behörden immer wieder zur Sprache kommenden Ausbeutung der weiblichen Arbeitskräfte durch Lohnrückerei vorzubeugen, wird bekanntgegeben, daß die reinen Röhrlöhne von der Sandfadenherstellung vergebenden Behörde (dem stellvertretenden Ingenieurkomitee in Berlin) festgesetzt werden. Sie betragen für das Röhren von hundert Sandfäden ohne Trageklaufe in Berlin und den meisten anderen Herstellungsarten 5,00 M., für das Röhren von hundert Sandfäden mit Trageklaufe 8,00 M. Das Röhrgarn muß hierbei den Arbeiterinnen kostenlos geliefert, der Nählohn muß ihnen ohne jeden Abzug, außer dem der gesetzlichen Beiträge zur Krankenkasse und Invaliditätsversicherung, gezahlt werden. Die Stoffe sind den Arbeiterinnen in der richtigen Größe zugeschnitten auszugeben. In dem Maßlohn ist das Einklinken der Kordel zum Verschließen der Sandfäden nicht

mitinbegriffen. Diese Arbeit muß besonders bezahlt werden; sie wird meistens im Tagelohn ausgeführt zu einem Lohnsatz von 3,00 M. bei zehnständiger Arbeitszeit.

Unter „militärischem Schutz“.

Täglich muß die Kriminalpolizei sich mit Gaunern beschäftigen, die die selbige Uniform zu den verschiedensten Schwindeleiten benutzen. Fast durchgängig sind es Burden, welche sich eine Uniform verschaffen und damit ausgerüstet, Leute beschwindeln. Am letzten Mittwoch hat ein solcher Burde sich folgendes Stückchen geleistet: Mittwoch früh meldete sich in dem Bureau der städtischen Markthalle 6 (Ackerstraße) ein Unteroffizier, geschmückt mit dem Bande des Eisernen Kreuzes und der Rettungsmedaille, und erklärte, daß er den Auftrag habe, die Halle zu besetzen. Der polizeiliche Schutz sei nicht ausreichend und er sei beauftragt, bei großem Andrang und bei eventuellen Unruhen militärischen Schutz zu requirieren. Der Herr Unteroffizier stolperte überall umher und machte sich recht wichtig. Da am gleichen Tage die Markthallendeputation Sitzung hatte, gab der Markthallendirektor in der Sitzung den Vorschlag bekannt und es wurde beschloffen, daß Herr Stadtrat Kalisch durch den Oberbürgermeister die sofortige Aufhebung der militärischen Besetzung verlangen solle. In der Markthalle „amitierte“ der Herr Unteroffizier rubig weiter. Der gewissenhafte Mann erschien auch am Nachmittag 5 Uhr, nachdem die Halle erneut geöffnet wurde, wieder und waltete seines Amtes, soll auch Zusammenkünfte angenommen haben, die er gerade erhalten konnte. Dem Wachtmeister des Reviers kam die Sache aber doch nicht geheimer vor, zumal der „Herr Unteroffizier“ reichlich viel von seinen Heldentaten erzählte. Der Wachtmeister begab sich nach dem Revier, wo von einer militärischen Besetzung der Halle nicht das mindeste bekannt war. Es wurde bei der Kommandantur angefragt, ob wirklich die militärische Besetzung verfügt sei. Die Antwort ging dahin, daß man dort von einer solchen Verfügung nicht das geringste wüßte. Als sich daraufhin die Polizei den Herrn Unteroffizier näher besahen wollte, hatte er sich aus dem Staube gemacht. Der Schwindler hatte den Braten gerochen.

Der Verkauf und die Verwendung von Fetten nach der neuen Bundesratsbestimmung: wie Butter und Butterschmalz, Del, Kunstspeisefette aller Art, Rinder-, Schaf- und Schweinefett, ist nur für Gastwirtschaften verboten und bezieht sich nicht auf Lebensmittelgeschäfte, wie wir ergänzend und berichtigend zugleich mitteilen möchten. Demnach können die genannten Fettwaren am Dienstag und Freitag feilgehalten und gekauft werden.

Ein Liebespaar in den Tod.

Eine Liebestragödie, die noch nicht ganz aufgeklärt ist, fand gestern vormittag einen traurigen Abschluß. In einem Gasthof in der Nähe des Alexanderplatzes lehrte Sonntag abend spät ein Paar ein, das sich Kaufmann Schleunig und Frau nannte. Gestern vormittag hörte der Pförtner des Hauses einen Schuß fallen. Er forschte nach und fand, daß er in dem Zimmer des jungen Paares abgegeben sein mußte. Man öffnete jetzt die von innen verschlossene Tür mit Gewalt und sah sich zwei Leichen gegenüber. Der Mann hatte seine angebliche Frau erschossen und sich dann selbst am Bettpfosten erhängt. Beide Körper waren noch warm. Wiederbelebungsversuche blieben aber trotzdem erfolglos. Die Leichen wurden von der Revierpolizei beschlagnahmt und einseitig noch in dem Zimmer belassen. Die Persönlichkeit des Mannes ist noch nicht bestimmt festgelegt. In seiner Begleiterin erkannte man eine 28 Jahre alte Schneiderin Magda Lucas, die aus Mansfeld stammt, hier in Berlin in einer Munitionsfabrik beschäftigt war und seit einiger Zeit im Zentrum der Stadt wohnte.

Die Erhöhung der Pflegegeldsätze für Waisenkinder der Stadt Berlin, die sich in Privatpflege befinden, wird von der Stadtverordnetenversammlung am kommenden Donnerstag beschloffen werden.

Verhaftung eines Wehlhändlers.

Die Firma Kosterlig in Schöneberg, Cronachstraße, hat es fertig gebracht, unter der Hand sich größere Vorräte an Wehl zu beschaffen, als ihr nach der Zahl ihrer Abnehmer zuzustand. Der stellvertretende Inhaber der Firma, Dagobert Lippich, ist gestern festgenommen und der Staatsanwaltshof vorgeführt worden. Die polizeiliche Schließung des Geschäftes ist verfügt.

Aus den Gemeinden.

Teuerungszulage in Charlottenburg.

Die Teuerungszulagen für die städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter sind in dem von der Stadtverordnetenversammlung eingeleiteten Ausschuss folgendermaßen festgelegt: Ledige mit einem jährlichen Dienstlohn von nicht mehr als 2000 M. erhalten 12 M. monatlich. Verheiratete erhalten Teuerungszulagen bis zu einem Dienstlohn von 3600 M., und zwar Verheiratete ohne Kinder 15 M., Verheiratete mit einem Kind bis zum vollendeten 10. Lebensjahre 18 M., mit zwei Kindern 24 M. usw., für jedes weitere Kind 6 M. mehr.

Lebensmittelverkauf in Lichtenberg.

Die Verkaufstage in den städtischen Fleischverkaufsstellen sind vom gestrigen Montag ab verdoppelt worden. Der Verkauf erfolgt in der Schornweberstr. 40: Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 9-12 und 4-7 Uhr; in der Türschmidstr. 2: Dienstags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends von 9-12 und 4-7 Uhr; in der Magdalenenstr. 14: Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends von 9-12 Uhr; in der Friedrichstraße 14: Montags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends von 4-7 Uhr.

Zu den Spandauer Stadtverordnetenwahlen.

Bis in die letzten Tage hinein dauerten die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien, um eine Verständigung über die Verteilung der Stadtverordnetenmandate zu erzielen. Insbesondere die Kommunale Vereinigung sagte den Burgfrieden dahin auf, daß sie von den Liberalen die Abtretung von einem Mandat oder mehreren Mandaten verlangte. Kaum ist nun aber eine Verständigung unter den bürgerlichen Parteien zustande gekommen, wonach die Kommunale Vereinigung von den anderen bürgerlichen Parteien die Hausbesitzermandate im 8. und 8. Bezirk, die bisher der Partei gehörten, zugesprochen erhielt und dafür auf Mandate von den Liberalen verzichtete, als auch schon die „unparteiliche“ „Spandauer Zeitung“ auf dem Plan erscheint und in einem Artikel die Sozialdemokratie beschuldigt, den Burgfrieden ohne Grund gebrochen zu haben. Demgegenüber sei nur folgendes festzustellen: Die bürgerlichen Parteien hatten schon längere Zeit über Wahrung des Burgfriedens verhandelt und auch schon eine gemeinsame Sitzung abgehalten, ohne die örtliche Parteileitung zu benachrichtigen. Erst am 21. Oktober erhielt dieselbe eine Einladung zu einer Sitzung am darauffolgenden Tage. Infolge dieser späten Einladung konnten die zwei zu der Sitzung erschienenen Parteigenossen keine bindenden Erklärungen abgeben, sondern nur ihre persönliche Ansicht dahin zum Ausdruck bringen, daß eine Verständigung nur möglich wäre, wenn der Partei an Stelle des einen

Hausbesitzermandates wegen Mangel an Hausbesitzern ein Nicht-Hausbesitzermandat eingeräumt würde. Die Sitzung verlief jedoch völlig ergebnislos, da die Kommunale Vereinigung erklärte, daß sie das Nicht-Hausbesitzermandat im siebenten Bezirk unter keinen Umständen abtreten könne. Ihre Vertreter erklärten sich sogar gegen die Bereitwilligkeit der Liberalen, der Sozialdemokratie in der 2. Abteilung ein Nicht-Hausbesitzermandat einzuräumen. Unter diesen Umständen sagte die Spandauer Parteileitung einstimmig den Beschluß, ein Wahlbündnis mit den bürgerlichen Parteien abzulehnen und wird daher am Montag, den 8. November, den Wahlkampf gegen alle bürgerliche Parteien aufnehmen.

Lebensmittelwünsche für den Mariendorfer Gemeindevorstand.

Kürzlich begab sich eine Kommission, bestehend aus fünf in der letzten Generalversammlung gewählten Mitgliedern des Wahlvereins zum Gemeindevorsteher, um diesem die Wünsche der arbeitenden Bevölkerung in Bezug auf die Lebensmittelsteuer vorzutragen. Unter Anerkennung des bisherigen guten Willens des Gemeindevorstandes und der Lebensmittelkommission betonte die Deputation, daß die von der Gemeinde unternommenen Schritte doch nicht ausreichten, um eine nachhaltige Wirkung auf die Herabsetzung der Lebensmittelpreise auszuüben. Es müsse daher beachtet werden, entweder durch einen Konkurrenzverkauf größerer Mengen von Lebensmitteln die Preise herabzudrücken oder aber den Bezug von Lebensmitteln durch die Gemeinde und die Ueberlassung des Verkaufs durch die Händler zu bestimmen und die Ueberlassung des Verkaufs durch die Händler zu bestimmen von der Gemeinde festgesetzten Preisen zu veranlassen.

Der Gemeindevorsteher legte das vergebliche Bestreben der Lebensmittelkommission dar, neue Vorräte zu beschaffen, und betonte die Wichtigkeit der Gemeinde, wenn nicht die Regierung eingreife. Nach wie vor soll jedoch verlost werden, noch Lebensmittel einzukaufen, die dann nach den Anregungen der Kommission in mehreren Verkaufsstellen abgegeben werden sollen.

Soziales.

Kriegsbeschädigten-Fürsorge der Reichspostverwaltung.

Das Reichspostamt betrachtet mit Recht eine Versorgung der Kriegsbeschädigten durch Gewährung regelmäßiger Beschäftigung als die beste Hilfsregel. Das Reichspostamt hat die Oberpostdirektionen angewiesen, soweit irgend möglich die durch Einberufung von Beamten freigewordenen Dienststellen vorläufig Kriegsbeschädigten zu übertragen.

Kriegsbeschädigte — billigere Arbeitskräfte für die Landwirtschaft?

Der kommandierende General des 20. Armeekorps zu Allenstein weist öffentlich die Landwirte darauf hin, daß sie, wenn sie Kriegsbeschädigte einstellen, billigere Arbeitskräfte bekommen. Er teilt mit, daß er Versorgungsabteilungen eingerichtet habe, die den Kriegsbeschädigten eine angemessene Verwendung in der Heimat verschaffen und sie für diesen Beruf praktisch und theoretisch ausbilden sollen. Sodann schreibt er:

„Die Bestrebungen dieser Abteilungen haben bisher sehr günstige Ergebnisse geliefert, zunächst nur im Interesse der arbeitssuchenden Kriegsbeschädigten. Sie werden noch bessere Ergebnisse zeitigen, wenn die Arbeitgeber im Bedarfsfalle sich von den Versorgungsstellen unmittelbar ihren Bedarf holen. Dort, wo die geforderte Arbeitskraft bei einer Versorgungsanstalt nicht vorhanden ist, wird sich diese mit anderen Versorgungsstellen in Verbindung setzen. Auf diese Art erhalten die Arbeitgeber, namentlich auch die über Arbeitermangel klagenden Landwirte, nicht nur ein zuverlässiges und sogar billiges Arbeitspersonal (die Leute sind wohl nicht voll arbeitsfähig, aber im Besitz einer Rente), sondern sie handeln bei der Beschäftigung und Verwendung dieser Kriegsbeschädigten auch im vaterländischen und volkswirtschaftlichen Sinne und tragen dazu bei, daß dem bisherigen Arbeitermangel in der Provinz abgeholfen und für die weitere Zukunft auch durch Sebsthaftmachung der Familien die Provinz wieder reichlicher und günstiger bedürft wird. Diejenigen Arbeitgeber, die weniger auf diesem idealen Standpunkt stehen, mache ich darauf aufmerksam, daß erfahrungsgemäß auch die schwerer Kriegsbeschädigten durch die Gewohnheit in der Regel sehr bald bedeutend bessere Arbeitsleistungen erzielen, als zu Anfang.“

Die Löhne in der Landwirtschaft sind sehr gering; sollen die Kriegsbeschädigten noch niedrigere Löhne erhalten? Dadurch würde man weder den Arbeitermangel beseitigen noch den von allen Parteien und von der Regierung im Reichstage erhobenen Wunsch seiner Erfüllung näher bringen, den Kriegsbeschädigten den vollen Lohn zu zahlen.

Unfallversicherungspflichtige Heimarbeiter.

Die Gesetzgebung läßt außerordentlich viele Unklarheiten darüber, welche Heimarbeiter invaliden- und unfallversicherungspflichtig sind. Das Reichsversicherungsamt hat versucht, den Begriff zu umgrenzen. Danach gehören die Arbeiter und Arbeiterinnen, die wirtschaftlich abhängig die Arbeiten für Firmen in ihrer eigenen Behausung herstellen, die da bestimmte Lieferzeiten haben, die für kein zweites Geschäft arbeiten übernehmen können und deren Tätigkeit der Kontrolle des Arbeitgebers unterworfen ist, zu den gegen Unfall und Invalidität versicherten Heimarbeitern. Und doch zeigt nachsichtender, schließlich vom Reichsversicherungsamt zugunsten der Arbeiterin entschiedener Prozeß, wie schwer es für die Instanzen ist, diese Richtlinien festzuhalten.

Die Schirmnäherin H. war seit Jahren als Arbeiterin in ihrer Behausung für die Firma G. tätig. Als sie am 2. Januar 1914 den Fabrikraum der Firma betrat, rutschte sie aus, kam zu Fall und zog sich eine Gehirnerkütterung zu. Die Velleidungsindustrie-Versicherungsgesellschaft, bei der Anspruch auf Entschädigung für die Folgen des Unfalls erhoben wurde, lehnte denselben ab, weil Frau G. in keinem kontraktlichen Verhältnis zur Firma stand und daß es ihr nicht verboten war, für andere Firmen zu arbeiten. Die dagegen eingelegte Verurteilung wurde vom Reichsversicherungsamt Groß-Berlin zurückgewiesen, weil sich die Klägerin in keinem persönlichen Abhängigkeitsverhältnis zur Firma befunden habe. In einer anderen Auffassung gelangte das Reichsversicherungsamt. Es gab dem Aktus statt. Aus der Begründung: „... daß die Klägerin die Genehmigung des Arbeitgebers nachsuchen muß, wenn sie einen Tag feiern will, daß sie täglich zu einer bestimmten Zeit (zwischen 8 und 9 Uhr vormittags) die fertiggestellten Waren in die Fabrik abzuliefern und hier nicht bloß Änderungen, sondern auch sonstige eilige Arbeiten sofort zu erledigen hat, so daß sie im Durchschnitt täglich zwei Stunden in der Fabrik anwesend sein muß. Bei manchen Aufträgen werden ihr nach der Auslage des Buchhalters Gr. auch Lieferfristen gestellt, bei deren Nichteinhaltung sie immerhin mit der Möglichkeit der Entziehung der Beschäftigung rechnen muß. Die Klägerin ist infolge dieser Verhältnisse nicht nur ausschließlich durch die Firma in Anspruch genommen, so daß sie 30 Jahre lang nur für diesen Auftraggeber tätig gewesen ist, sie ist auch bei der ganzen Sachlage nicht so selbständig in der Verwertung ihrer Arbeitskraft, wie es das Kennzeichen der Hausgewerbetreibenden ist, sondern steht in persönlicher Abhängigkeit vom Auftraggeber. Infolgedessen hat sie der Senat nur als unfelbständige Arbeiterin (Heim-)arbeiterin angesehen und demgemäß für versichert gegen Unfälle im Betriebe erachtet. Die Verletzung, die sie sich am 2. Januar 1914 zugezogen hat, ist überdies auch in der Fabrik selbst erfolgt. Hiernach hat die beklagte Versicherungsgesellschaft für den Unfall einzutreten.“ In 1102/15 12 B.

III die Unterscheidungen zwischen Heimarbeiter und Haus-

gewerbetreibende zwischen den im Handwerk und in den Fabrikbetrieben beschäftigten Arbeitern und Arbeiterinnen würden wegfallen, wenn in der Reichsversicherungsordnung ausgesprochen wäre: „Alle gegen Lohn und Gehalt beschäftigten Personen unterliegen der Unfallversicherung“. Dringend nötig ist es, den Kreis der Versicherten zu erweitern.

Aus dem Artistenleben.

Eine Sängerin war für das Variété „Scandinavia“ in der Dirschstrasse gegen ein Tageshonorar von 6 M. engagiert worden. Der schriftliche Engagementsvertrag sieht eine dreitägige Kündigung vor. Trotzdem wurde die Sängerin schon am ersten Abend ihres Auftretens entlassen. In einer Klage vor dem Gewerbegericht beanspruchte sie nunmehr Bezahlung des Tages, an dem sie aufgetreten ist, sowie die drei Kündigungstage.

Der Beklagte gab an, neben dem schriftlichen Vertrage sei mit der Klägerin vereinbart worden, wenn sie bei ihrem ersten Auftreten nicht gefalle, dann könne sie sofort wieder entlassen werden. Dieser Fall liege vor, denn das Fräulein könne gar nicht singen. Ihr Gesang könne nur als sträglich bezeichnet werden. Das Publikum sei über diese Leistung sehr unwillig gewesen. Man habe zu dem künstlerischen Leiter gesagt: Wo habt ihr denn die her. Die taugt zu einer Schuhmagd, aber nicht zu einer Sängerin. — Andere Gäste hätten gemeint, sie würden lieber in den Schlingengärten gehen, als diese Sängerin noch einmal hören. Die Klägerin wies diese Angaben mit einer Gebärde getränkten Künstlerstolzes entrüstet zurück. Sie berief sich auf ihr gestellte Zeugen, welche ihre Gesangsleistungen als gut bezeichneten und angaben, daß das Publikum lebhaften Beifall gependet habe. Hiergegen behauptete der Beklagte, diese beiden Zeugen habe die Klägerin bei ihrem ersten Auftreten als Claqueure mitgebracht, was aber von den Zeugen und der Klägerin entchieden bestritten wurde. Eine vom Beklagten gestellte Zeugin, welche den Gesang der Klägerin als schlecht bezeichnete, mußte auf Vorhalt zugestehen, daß sie der Sängerin persönlich Anerkennung ausgesprochen habe.

Der Rechtsstreit endete mit einer Verurteilung des Beklagten zur Zahlung der geforderten 24 M. Zur Begründung führte der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, aus: Da in dem schriftlichen Vertrage keine Rede davon sei, daß der erste Tag des Auftretens als Probe zu gelten habe, so stand der Klägerin die ausbedungene Kündigung zu. Daß das Publikum infolge der angeblich schlechten Leistungen der Klägerin unwillig wurde, sei nicht erwiesen. Wie es mit den Leistungen selbst stehe, sei zweifelhaft. Die Klägerin gehöre augenscheinlich zu den Sängerinnen, die in der Jugend anerkannt und viel umschwärmt wurden, von denen man aber, wenn sie verblüht sind, nichts mehr wissen wolle. Daraus möge sich auch die Bemerkung erklären, daß man lieber in den Schlingengärten gehen, als die Klägerin nochmals hören wolle. Nicht der Gesang, sondern die äußere Erscheinung der Klägerin werde wohl Anlaß zu solchen Bemerkungen gegeben haben.

Aus einem Nachtlokal.

Die Gastwirtin Kunze betreibt in der Jäger- und der Behrenstrasse einige Nachtlokale. Eins dieser Lokale: „Frisch Drehen“ in der Jägerstrasse, wurde, weil es sich nicht rentierte, geschlossen und die Wirtin ohne Kündigung entlassen. Diese klagte deshalb beim Gewerbegericht auf Zahlung eines Monatslohns von 30 M. sowie der entgangenen Provision und des Zinsgeldes, im ganzen 127 M. — Die Beklagte meinte, die Klägerin habe sich als gekündigt betrachtet müssen, denn ihr sei gesagt worden, wenn das Schnapsverbot komme, werde sie entlassen. Weiter gab die Beklagte an, die Klägerin habe abgelehnt, während der Kündigungszeit in dem Lokal „Kellam“ in der Behrenstrasse zu „arbeiten“. Die Klägerin führte unter Widerspruch der Beklagten aus, sie habe sich auf Verlangen der Wirtin vor die Tür des Lokals stellen müssen, um Gäste anzuloden, die dann im Lokal geruht hätten. Bei „Kellam“ habe sie nicht arbeiten, sondern nur im Lokal sitzen sollen für eine Mark Tagelohn. Zinsgelde würde sie dort nicht bekommen haben, weil Kellnerinnen tätiger seien.

Das Gericht kam zu dem Urteil, daß die sofortige Entlassung nicht berechtigt sei. Die Klägerin habe Anspruch auf 14 tägige Kündigung, doch nicht, wie sie meinte, zum Monatsersten. Der Hinweis auf das Schnapsverbot sei nicht als Kündigung anzusehen und eine derartige „Arbeit“, wie der Klägerin für die Kündigungszeit angeboten sei, habe sie nicht annehmen brauchen. Der Klägerin wurden 57 M. zugesprochen.

Berichtszeitung.

Ein raffiniertes Subenstück.

Zur Ausführung eines raffiniert ausgelegten Raub- und Mordplanes sollten die Strakaten dienen, die den früheren Rufführer, späteren Hausdiener Friedrich Bergemann gestern unter der Anlage der wiederholten schweren Urkundenfälschung vor die I. Strafkammer des Landgerichts I führte. Der Angeklagte ist wiederholt vorbestraft. Nach seiner eigenen Erzählung hat er sich eine Zeitlang als „Rufführer“ ernährt, obgleich er keine Spur musikalischen Talents in sich entdecken kann. Im Jahre 1908 ist er von der 6. Strafkammer wegen Heiratschwindels zu acht Jahren Gefängnis verurteilt, aber nach Verbüßung des größten Teils dieser Strafe vorläufig entlassen worden. Die Entlassung wurde jedoch zurückgenommen und Bergemann sollte den Rest seiner Strafe verbüßen. Er war aber plötzlich verschwunden, so daß ein Stedbrief hinter ihm erlassen werden mußte. Er hielt sich hier in Berlin verborgen, wohnte unter dem Namen Berger bei seiner Braut und trat als Hausdiener in eine Pianofortfabrik ein. Nun schmiedete er, da seine Braut immer stärker auf Hochzeit drang, einen teuflischen Plan, um auf verberberische Weise zu Geld zu kommen; er wollte irgend jemand, der mit Geld versehen wäre, nach Leipzig locken und ihn dort ermorden. Zu diesem Zweck erließ er in der „Leipziger Zeitung“ eine Anzeige des Inhalts, daß ein möbliertes Zimmer bei einer gänzlich alleinlebenden Dame von einer ebenförmigen Dame zu mieten gesucht werde. Es meldeten sich darauf auch mehrere Frauen, er fuhr nach Leipzig, ließ eine in der Johannisallee belegene Wohnung an und mietete sie, da es ihm vor allem darauf ankam, daß die Vermieterin ganz allein dastände. Nun erließ er in einer Berliner Zeitung ein Inserat, durch welches er für ein großes Leipziger Geschäft eine Vertrauensperson im Alter von 30 bis 40 Jahren suchte. Es entwickelte sich infolge dieser Annonce eine recht rege Korrespondenz zwischen ihm und einem Kaufmann Stachel, der sich auf das Inserat gemeldet hatte. St. fand das Geschäft sehr verlockend, setzte die Summe von 10 000 M. zu sich und reiste nach Leipzig. Inzwischen war der Angeklagte mit einer Reisetasche bei der Vermieterin in Leipzig eingetroffen und hatte die Ankunft der mietenden Dame für nächsten Tag angekündigt. Er machte es sich bequem und kam auf die Abpassung einer Gelegenheit, um die Vermieterin zu erschlagen, damit er den für den nächsten Tag mit dem Gelde erwarteten St. ohne jede Störung herausbringen könnte. Als er sich auf einige Zeit entfernt hatte, kam der Vermieterin der Mann doch etwas sonderbar vor; sie öffnete die Reisetasche und der aus zwei Hammers bestehende Inhalt machte sie so bedenklich, daß sie die Polizei benachrichtigte, welche nun die Wohnung durch zwei Beamte beobachten ließ. Am nächsten Morgen wurde dem Angeklagten die Mordtat leid. Er rückte aus, wurde aber ergriffen. Bald darauf trat er mit 10 000 M. ausgerüstet ein, er wurde von der Polizei zunächst für einen Komplizen des Angeklagten gehalten und festgenommen; es stellte sich aber sehr bald heraus, daß er als Opfer ausgetoren gewesen und nur durch Zufall einer großen Gefahr entkommen war. — Der Angeklagte hatte in ziemlich konfuse Briefen

an den Rechtsanwalt Dr. Karl Löffenthal, der sein Verteidiger war, angedeutet, daß er wohl nicht recht bei Einem gewesen sein müsse, als er die Tat geplant hatte. Der ganze Inhalt dieser Briefe gab dem Verteidiger Anlaß, zum gefristen Termin den Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann als Sachverständigen laden zu lassen. Zu einem Eingreifen des letzteren kam es aber nicht. Denn der Angeklagte wehrte sich selbst gegen den Gedanken, daß er geisteskrank sei und war im übrigen nur der Urkundenfälschung geistig. Das Verfahren wegen versuchten Mordes ist seiner Zeit von der Leipziger Staatsanwaltschaft eingestellt worden, da das, was der Angeklagte getan, nur vorbereitende Handlungen seien. Staatsanwalt Kiesel beantragte mit Rücksicht auf die Schwere der geplanten Taten, von denen ja nun nur ein kleiner Abschnitt zur Verhandlung liege, vier Jahre sechs Monate Zuchthaus. — Das Gericht erkannte auf vier Jahre drei Monate Zuchthaus.

Aus aller Welt.

Schnelle Anpassungsfähigkeit.

Die Einführung der fleisch- und fettlosen Tage sollte nicht nur Ersparnis an Fleisch und Fett bringen, sondern auch denen, für die der Preis keine Rolle spielt, den Ernst der Situation etwas deutlicher zu Gemüte führen. Die Gewohnheit, fast alle Speisen mit Fleisch oder Fett zubereitet zu genießen, hatte die Versorgung erweckt, daß diese Zutaten nicht entbehrt werden könnten. Besonders schwierig stellte man sich die Lage der besseren Restaurants vor, denen es nicht gelingen würde, die verwöhnten Gaumen ihrer Gäste zu befriedigen. Wohl oder übel mußten sich aber auch diese Stätten frohen Gemütes mit der gegebenen Tatsache abfinden. Wie vortrefflich ihnen das gelungen ist, das zeigt die Speisefolge, die das erstklassige Hotel Adlon in Berlin seinen Gästen bietet. Das Gabelfrühstück bestand am ersten fettlosen Tage aus:

- Kraftbrühe
- Lapinsuppe
- Eier mit Spinat
- Kohlschoten
- Minderbrust, Meerrettich
- Gammelkeule, Kapertentunke mit Gemüse
- Kaltes Aufschnitt
- Karamellspeise
- Räse

Für den ersten fleischlosen Tag wurde für das Abendessen folgende Speisefolge festgelegt:

- Kostlosuppe
- oder
- Krebsuppe
- Barbenschnitten nach Admiralsart
- oder
- Gebadene Eier mit Tomaten
- Lachsfilet, Trüffelunke, Spinat und Kartoffelbrei
- oder
- Hummerpasteten
- oder
- Seezungenstücken geröstet
- oder
- Belegtes Brot
- Gemischtes Eis, Badewerk, Käse

Der schnellen Anpassungsfähigkeit des deutschen Wirtschaftslebens ist schon so manches Loblied gelungen worden. Der Chor der Gäste des vorerwähnten Restaurants wird nicht verkümmern, ebensfalls einen Kantus steigen zu lassen. Wie einfach ist es doch, den Feinden Deutschlands ihre Pläne zu durchkreuzen. Man verändert ein wenig den Speisepfennik und dreht dann den Engländern eine lange Nase.

Bierscher Mord. In Hochstaplan bei Preußisch-Stargard sind die Schwiegermutter, die Ehefrau, ein vierjähriger und ein fünfzehnjähriger Sohn des Mörders Schwedowski in der Nacht zum Sonntag ermordet worden. Die Mörder zündeten das Gebäude an, so daß alle Leichen verbrannten. Ein siebzehnjähriger Sohn des Mörders wurde von den Mördern schwer verletzt, rettete sich durch einen Sprung aus dem Fenster und wurde dann ins Krankenhaus gebracht. Der Verdacht, die schwere Bluttat verübt zu haben, ist auf drei entworfene Jünglinge der Erziehungsanstalt König gelenkt worden.

Durch Sturz aus einem fahrenden Eisenbahnzuge ist der acht Jahre alte Knabe Paul Säger aus Löwenberg schwer verletzt worden. Auf einer Fahrt nach Gransee lehnte er sich gegen eine Tür des Abteils, die nachgab, so daß der Knabe auf den Bahnlörper fiel und mit dem Kopf auf die Schienen aufschlug. In der Berliner Charité, wohin der Verunglückte gebracht wurde, stellten die Ärzte eine schwere Gehirnerschütterung fest.

Bekämpfung amerikanischer Hasenanlagen durch Feuer. Das Feuerbureau meldet aus Seattle: Der Pier der Blue Funnel-Linie ist durch Feuer zerstört worden. Der Schaden wird auf 100 000 Pfd. Sterling geschätzt. — Dasselbe Bureau meldet aus Baltimore: Zwei Pier der Baltimore-Ohio-Erie-Bahn wurden mit allen, meist für London und Liverpool bestimmten Gütern durch Feuer zerstört. — Die Feuerbrände werden auf Brandstiftung zurückgeführt.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 368 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppenteile:

Infanterie usw.: Grenadier- bzw. Infanterie- bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 1, 2 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 18 und 206), 3, 8 (f. Inf.-Reg. Nr. 375), 12, 21 (f. Inf.-Reg. Nr. 375), 22, 35 (siehe Ref.-Inf.-Reg. Nr. 206), 36, 48, 49, 57, 58, 59, 61, 78, 79, 80, 85, 86, 88, 90, 92 bis einschl. 97, 99, 109 bis einschl. 117, 129, 131, 136, 138, 140, 141, 148, 149, 150, 151, 155, 156, 157, 159, 161, 162, 163, 165, 166, 167, 169, 171, 176, 184, 193, 252, 253, 259, 260, 261, 269, 273, 276, 277, 278. Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 2, 3, 18, 21, 29, 36, 37 (f. auch Ref.-Inf.-Reg. Nr. 206), 38, 39, 49, 51, 59, 60, 76, 83, 84, 88, 93, 94, 98, 109, 110, 208, 207, 209 bis einschl. 214, 216, 217, 219 bis einschl. 224, 261. Ersatz-Infanterie-Regimenter Königsberg 1, 2, 3 (f. Inf.-Reg. Nr. 377, 378 bzw. 375). Reserve-Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 1 und 2. Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 2, 17, 21, 24, 39, 48, 49, 57, 80, 84, 93, 109, 118, 319. Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 1 und 2. Landsturm-Infanterie-Regiment Nr. 8. Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillone Nr. 9, 13 (beide f. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 2), 26, 27 (beide f. Landw.-Ers.-Inf.-Reg. Nr. 1). Landsturm-Infanterie-Bataillone: 1. Kochen, 2. Podum, Calau, I und 2. II. Cöln, Cosel, 2. Cüstrin, 1. Wlogau, 1. Gofha, Landsberg a. W., 1. und 2. Löben, 4. Reg. 3. Münster, 2. Saarbrücken, 1. Wesel. Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 4. Braunshweig, 4. Diederhofen, 2. Erfurt, 4. Hannover, 1. des 13. Armee-Korps (Straßburg i. E.). Landsturm-Infanterie-Ausbildungs-Bataillon Friedrichfeld. Jäger-Bataillone Nr. 2, 4, 5, 7; Reserve-Bataillone Nr. 18 und 22. Reserve-Radschützen-Kompagnie Nr. 49. Feld-Maschinengewehr-Züge Nr. 42, 106 (f. Inf.-Reg. Nr. 78), 129 (f. Ref.-Inf.-Reg. Nr. 51), 170 (f. Landw.-Inf.-Reg. Nr. 118), 197 (f. Inf.-Reg. Nr. 373), 273 (f. Jäger-Bat. Nr. 5); Festungs-Maschinengewehr-Abteilung Nr. 5 (Pofen). Kavallerie: Regiment der Garde du Corps; 1. Garde-Dragonen; 3. Garde-Ulanen; Kürassiere Nr. 4 und 7; Schwere Reserve-Reiter Nr. 8; Dragoner Nr. 4, 9, 10, 12, 16, 18, 21, 23, 24; Husaren Nr. 2, 3, 6, 8, 12, 15, 16; Reserve-Husaren Nr. 8; Ulanen

Nr. 9, 10 (f. auch Landw.-Kav.-Reg. Nr. 1); Jäger zu Pferde Nr. 2 und 7; Kavallerie-Regiment Nr. 88; Landwehr-Kavallerie-Regiment Nr. 1; 3. Landwehr-Eskadron des 7. Armee-Korps. Reserve-Kavallerie-Abteilung Nr. 50.

Feldartillerie: 1., 2., 3. und 6. Garde-Regiment; Regimenter Nr. 1, 5, 9, 11, 14, 17, 23 (f. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 50), 31, 37, 38, 43, 46, 47, 50 (f. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 15), 62, 63, 67, 71, 73 (f. auch Feldart.-Reg. Nr. 71), 74, 88, 101, 107, 112, 217, 229 und Regiment der 4. Landwehr-Division; Reserve-Regimenter Nr. 10, 15, 16, 17, 47, 50, 56, 59, 69; 1. und 2. Landsturm-Batterie des 17. Armee-Korps. Gebirgsartillerie-Batterie Nr. 3. Ballonabwehr-Kanonen-Zug Nr. 99.

Fußartillerie: Regimenter Nr. 10 und 15; Reserve-Regimenter Nr. 7, 8, 9, 10 (f. Feldart.-Reg. Nr. 10), 14, 18; Fußartillerie-Bataillone Nr. 27 und 36; Ersatz-Bataillon Nr. 22; Landwehr-Bataillon Nr. 6; Fußartillerie-Batterien Nr. 240, 332, 350, 450, 483. Schwere Feldhaubitzen-Batterie Nr. 216.

Pioniere: I. Garde-Bataillon; Regimenter Nr. 20, 23, 24, 25, 36; Bataillone: I. Nr. 16, I. Nr. 17; Reserve-Bataillon Nr. 32; Pionier-Ersatz-Bataillon Nr. 26; Pionier-Kompagnie Nr. 100; Reserve-Kompagnie Nr. 43; 2. Landwehr-Kompagnie des 4., 2. des 5., 1. des 6. und 2. des 7. Armee-Korps. Pionier-Abteilung der 7. Kavallerie-Division. Scheinwerfer-Abteilung mit erbeutetem Gerät (Thorn); Scheinwerferzug des 7. Armee-Korps. Minenwerfer-Kompagnie Nr. 161; Mittlere Minenwerfer-Abteilung Nr. 156; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 43.

Verkehrsgruppen: Reserve-Eisenbahn-Kompagnie Nr. 7. Eisenbahn-Betriebskompagnie Nr. 29. Feldbahn-Betriebskompagnie Nr. 106. Armeetelegraphen-Abteilung Nr. 13; Etappen-Telegraphen-Direktion Nr. 13 der Bugarmee. Armeefernsprech-Abteilung Nr. 17 der Bugarmee; Fernsprech-Abteilung des 1. Reserve-Korps. Feldfliegertruppe.

Train: Train-Abteilung der 119. Infanterie-Division; Reserve-Train-Abteilung Nr. 82 des 41. Reserve-Korps. Divisions-Brückentrain Nr. 20 der 20. Infanterie-Division; Reserve-Divisions-Brückentrain Nr. 3 der 3. Reserve-Division. Proviantkolonne Nr. 1 der 111. Infanterie-Division; Schwere Proviantkolonne Nr. 2 des 14. Armee-Korps. Fuhrparkkolonne Nr. 206 der Kjemmerarmee, Nr. 2 des 5. Armee-Korps, Nr. 3 und 5 des 1., Nr. 5 des 11. sowie Nr. 25 und 212 des 18. Armee-Korps; Reserve-Fuhrparkkolonne Nr. 71 des 23., Nr. 110 des 41. Reserve-Korps; Nr. 95 der 95. Reserve-Division; Magazin-Fuhrparkkolonne Nr. 41 der 8. Armee, Nr. 10 des 14. Reserve-Korps und Nr. 159; Etappen-Fuhrparkkolonne Nr. 1 der 4. Armee, Nr. 4 des 5., Nr. 29 des 10. und Nr. 11 des 20. Armee-Korps. Reserve-Bäckereikolonne Nr. 26 des 23. Reserve-Korps.

Munitionskolonnen: Reserve-Infanterie-Munitionskolonne Nr. 35 der 2. Garde-Reserve-Division und Nr. 49 der 47. Reserve-Division; Landwehr-Infanterie-Munitionskolonne Nr. 1 des Landwehr-Korps. Artillerie-Munitionskolonnen Nr. 8 und (F) 9 des 1., Nr. 8 (Gö) des 18. Armee-Korps und Nr. 1 der 85. Reserve-Division; Landwehr-Artillerie-Munitionskolonne Nr. 6 des Landwehr-Korps. Reserve-Fußartillerie-Munitionskolonne Nr. 2 der 50. Reserve-Division.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 1 des 4. und Nr. 2 des 14. Armee-Korps. Kaiserliche Ersatz-Sanitäts-Kompagnie Brüssel. Etappen-Sanitäts-Kraftwagen-Abteilung der 6. Armee. Sanitätsdepot der Etappen-Inspektion der Bugarmee. Feldlazarette Nr. 10 und 12 des 1., Nr. 1 des 2., Nr. 6 und 9 des 11. Armee-Korps und Nr. 1 der 107. Infanterie-Division; Reserve-Lazarette Coburg, Stolp und Stuhm.

Armierungs- und Straßenbau-Formationen: Armierungs-Bataillone Nr. 1, 28, 73, 86, 111. Armierungs-Kompagnie Müttich I. Straßenbau-Bataillon der Armeekorps-Abteilung Woyrsch; Straßenbau-Kompagnie Nr. 45.

Kommandanturen: Etappenkommandantur Nr. 10 des 3. Armee-Korps und Kommandantur Altingradow.

Feldpost: Feldpostamt des 17. Reserve-Korps. Feldpostexpedition der 47. und 48. Reserve-Division. Post-Ferde- und Wagendepot der Bugarmee.

Feldzeugmeisterei: Inspektion der technischen Instruktion der Artillerie.

Die Liste Nr. 3 der aus England zurückgeführten preussischen Austauschgefangenen wird veröffentlicht.

Die sächsischen Verlustlisten Nr. 216 und 217 melden Verluste der Infanterie-Regimenter Nr. 100, 101, 178; Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 106; Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 107; Reserve-Eisenbahn-Kompagnie Nr. 7. Infanterie-Regimenter Nr. 102, 106; Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 101, 102, 103, 104; Ersatz-Infanterie-Regimenter Nr. 23, 24, 32, 40; Ulanen-Regiment Nr. 21; Reserve-Ulanen-Regiment; Husaren-Regiment Nr. 18; Feldartillerie-Regimenter Nr. 68, 115.

Die württembergische Verlustliste Nr. 292 enthält Verluste des Ersatz-Infanterie-Regiments Nr. 52; Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 120; Reserve- und Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 121; Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 123, 126; Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 247; Reserve-Feldartillerie-Regiment Nr. 26; Feldartillerie-Regiment Nr. 40; 4. Feldpionier-Kompagnie; 4. Landwehr-Pionier-Kompagnie; Fernsprech-Doppelzug Nr. 27; Schwere Proviantkolonne Nr. 5. Weitere Verluste. Verluste durch Krankheiten; Verichtigungen früherer Verlustlisten.

Parteiveranstaltungen.

4. Wahlkreis. Jugendsektion. Am Mittwoch, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in den Andreas-Festhallen, Andreasstr. 21, eine Versammlung der jungen Wahlvereinsmitglieder im Alter von 18 bis 21 Jahren statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Schriftstellers Genossen Diederich über: „Maschine und Dichtung.“ 2. Diskussion. 3. Bericht des Genossen.

Charlottenburg. Dienstag, den 2. November, im Volkshaus, Rosenstr. 3: Mitgliederversammlung. Ausstellung der Kandidaten zur Stadtvorordnetenwahl.

Vortrag des Stadtvorordneten Genossen Klid: „Die Lebensmittelfürsorge der Stadt Charlottenburg.“ Bericht des Genossen.

Mariendorf. Dienstag, den 2. November, abends 7 1/2 Uhr, findet der Vortrag des Genossen Dr. W. Kreisfeld über: „Europäische Geschichte des 19. Jahrhunderts“ im Restaurant Bensch, Chausseestr. 27, statt. Eintritt für zwei Vorträge 10 Pf. Arbeiterfrauen und Jugendliche haben freien Zutritt.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Treptow-Baumgartenweg. Dienstag, den 2. November, abends 6 Uhr, im Rathaus, Neue-King-Allee 3.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Wunsch und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Berichte, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

Nr. 25. Es kommt darauf an, ob für den Fall im Status noch etwas Besonderes vorgesehen ist. Wenn nicht, können Sie nur durch Klage die Herauszahlung des Guthabens beantragen. — **Erich 25.** Die Löhner hätte Anspruch auf Unterstützung. Da sie aber ihrem Beruf weiter nachgeht, wird die im Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit verneint und Unterstützung nicht gezahlt werden. — **G. B. 29.** Der Truppenteil, dem Sie angehören, ist für immobiler erklärt und haben Sie insoweit nur die immobile Wohnung zu beanspruchen. — **G. M. 16. Ja. — Nr. 28.** Sie müssen sich mit Ihrem Antrag an das Ersatzbataillon des Regiments, bei

